

Corona und Querdenken: Von gesellschaftlicher Durchseuchung und Hygienemaßnahmen

von Linda Loony

Schaltet man den Fernseher oder das Radio ein, so fällt auf, dass der thematische Dauerbrenner „Corona“ weitestgehend abgelöst wurde. In der Tagesschau bekommt selbst der Wetterbericht inzwischen beinahe mehr Sendezeit als die Berichterstattung rund um Hygienemaßnahmen und Pandemieverlauf und die knappe Zusammenfassung des täglichen Infektionsgeschehens wird in den Ohren der pandemiemüden Zuhörer_Innen nahezu bedeutungslos. Hört man sich in seinem Umfeld um, haben vermutlich viele bereits den Faden verloren, welche Maßnahmen eigentlich gelten – aber Corona ist doch vorbei, oder? Zumindest scheint dies die zentrale Botschaft zu sein, die mit der Aufhebung nahezu aller Beschränkungen nach dem sogenannten „Freedom Day“ am 20. März gerade von der Regierung propagiert wird. Obwohl die Zahlen der Neuinfektionen in Deutschland täglich neue Rekorde erreichen, lautet die Devise „Zurück zur Normalität“. Statt effektiver, kurzzeitiger Shutdowns und dauerhaftem Schutz durch gezielte Hygienemaßnahmen, entschied sich die Bundesregierung längst dafür, geld- und ressourcen-„sparend“ das Pandemietreiben sich selbst zu überlassen.

Durchseuchung und Profite statt Gesundheitsschutz

In den letzten Monaten wurde durch die verhängten Maßnahmen der Regierung immer offensichtlicher, dass es hierbei vor allem um die kurzfristige Verhinderung wirtschaftlicher Einbußen geht, die stets das Wohl der Bevölkerung zu überwiegen scheinen. So ist es bspw. bereits üblich, dass in der Schule nur bestätigte Covid-erkrankte Schüler_Innen isoliert werden –

nicht aber ihre direkten Kontaktnachbarn_Innen oder engen Kontaktpersonen. Gleiches gilt für das Arbeitsleben: Isoliert werden nur nachweislich erkrankte Personen, für deren Haushaltsmitglieder wird hier keine Notwendigkeit mehr gesehen, sich ebenfalls zu isolieren. Die Folgen der immer weiter zurückgenommenen Maßnahmen sind deutlich im Infektionsgeschehen sichtbar. So hat Deutschland laut der offiziellen Statistik der WHO aktuell die weltweit dritthöchste absolute Zahl der Neuinfektionen pro Woche gemessen. Auch die Anzahl der durchgeführten PCR-Tests, die ein positives Ergebnis lieferten, kletterte laut RKI seit Anfang dieses Jahres von ihren üblichen rund 20% auf knapp 51%. Dies führt zu nie dagewesenen Anzahlen von Krankschreibungen. In ohnehin schon von Personalmangel und Unterfinanzierung gebeutelten Bereichen wie der Pflege oder pädagogischen Arbeit ist dies fatal. Auch die Annahme, mit der Omikron-Variante lediglich einen leichten Schnupfen zu bekommen, verharmlost reale Folgen die das Long-Covid-Syndrom und ignoriert vulnerable, aus gesundheitlichen Gründen nicht geimpfte Gruppen. Insgesamt wurde in 2 Jahren Pandemie kein nachhaltiges, internationales Lösungskonzept etabliert. Sinnvolle Schritte wie das regelmäßige und niedrigschwellige Testen, der unbeschränkte Zugang zu PCR-Tests oder das Tragen von Masken werden weiter zurückgenommen. Statt die in der Gesundheitskrise deutlicher denn je zu Tage getretene Unterfinanzierung von Gesundheitswesen, Betreuung und Bildung anzugehen, weil es dazu angeblich nicht genug finanzielle Mittel gebe, müssen wir nun zuschauen, wie von denselben Verantwortlichen Milliarden für den Krieg und die Aufrüstung in Rekordzeit bereitgestellt werden.

Die Nebelkerze "Impfkampagne"

Auch wurde bis heute das wirksamste Mittel gegen Corona - die Schutzimpfung - in Deutschland, aber vor allem international unzureichend eingesetzt. Dabei lässt sich die Wirksamkeit der Impfung im Pandemiegeschehen deutlich beobachten: Die Sterblichkeit, auch wenn sie in Deutschland mit 200-300 Menschen täglich noch immer erschreckend hoch ist, sank in den letzten Wochen - zumindest in Relation zu der steigenden Zahl der Erkrankten. Doch der Anteil der geimpften Bevölkerung bleibt seit

Februar auf dem Niveau von 76% und stieg seit November letzten Jahres kaum mehr an. Auch die Zulassung des Hoffnungsträger-Impfstoffes Novavax als Alternative zum mRNA-Vakzin brachte nicht den gewünschten Aufschwung für die Impfkampagne. So bleibt infolgedessen auch die Diskussion um die allgemeine Impfpflicht heiß. Doch eine national begrenzte Impfpflicht hilft uns aus einem globalen Gesundheitsnotstand, in dem vor allem in den Halbkolonien weiter nur Impfquoten im unteren Prozentbereich ermöglicht wurden, nicht heraus. Ohne eine international gerechte Verteilung der Impfstoffe, eine dafür notwendige Aufhebung der Patente und die Weitergabe von Produktionsanlagen in die Halbkolonien wird das Infektionsgeschehen dort weitertoben, wodurch neue Virusvarianten entstehen und sich erneut ausbreiten können. Somit bleibt die Pandemie ein fortwährendes, sich immer weitertragendes Problem und das sogenannte „Pandemiemanagement“ der Regierung eine einzige Niederlage ohne Perspektive.

Zwischen notwendiger Kritik und Leugnung von Notwendigkeiten

Wirft man einen Blick auf die Übersicht aller von Maßnahmen betroffenen Bereiche der Gesellschaft und des täglichen Lebens, so fällt für Deutschland rasch eine überproportional hohe Restriktion für das private Leben der Menschen auf. Während in Unternehmen und Schulen lediglich partiell mit einschneidenden Maßnahmen reagiert wurde, waren private Zusammenkünfte, Bewegungsfreiheit oder bspw. die Nutzung von Sport- und Begegnungsstätten lange Zeit und wiederkehrend massiv eingeschränkt worden. Auch im internationalen Vergleich waren laut WHO in Deutschland Beschränkungen in Betrieben und Schulen recht lasch. Es gibt also durchaus berechtigte Kritik an den Maßnahmen der Regierung, die stets so ausgelegt waren, dass sie den Großbetrieben ja keinen Schaden zufügen und vor allem möglichst wenig Geld dafür in die Hand genommen werden musste. Doch diese Kritik und der daraus erwachsende Unmut der Bevölkerung wurde nicht durch eine starke linke Bewegung abgefangen und kanalisiert. Zwar gab es bspw. mit ZeroCovid anfangs gute Initiativen, doch auch diese konnte keinen Massencharakter entwickeln und verschwand nach relativ kurzer Zeit wieder von der öffentlichen Bildfläche. So wurde es den

Verschwörungsideolog_Innen von Querdenken besonders leicht gemacht, sich als angebliche Alternative zum desaströsen Pandemiemanagement der Herrschenden zu inszenieren.

Der Bodensatz der Krisenpolitik

Bereits vor dem Ausbruch der Coronapandemie gab es einen gesellschaftlichen Rechtsruck, welcher selbst eine unmittelbare Folge der anhaltenden Weltwirtschaftskrise 2008 war. Im Windschatten dieser Krise konnten sich rechtspopulistische Parteien und rassistische Bewegungen erfolgreich etablieren, während zeitgleich der Aufbau einer sozialen Antikrisenbewegung, getragen von den Gewerkschaften, Arbeiter_Innenparteien und linken Gruppierungen, verpasst wurde. Die widersprüchliche Politik der Herrschenden, die halbherzigen Lockdowns und die hierdurch aufgeschobene Notwendigkeit, Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Coronavirus zu beschließen, welche jedoch größtenteils auf den privaten Bereich beschränkt blieben, sorgten dafür, dass die Querdenkenbewegung immer weiter an Zulauf gewinnen konnte. Während die scheinbar harmlosen Kernthemen der Querdenker_Innen, die Kritik an der Einschränkung von Grundrechten, die Ablehnung der Maskenpflicht und von Impfungen, ihren Teil dazu beitrugen, dass ihr rechtes Potential unterschätzt wurde, hat sich die Querdenkenbewegung längst als rechtes Sammelbecken entpuppt. Je länger der Zickzack-Kurs während der Pandemie andauerte, desto mehr radikalisierten sich nennenswerte Teile der Bewegung immer weiter und die Rechten konnten sich im Zuge dieser andauernden Proteste erfolgreich weiter aufbauen und führen diese mittlerweile zum Großteil offen an. Auch wenn die Coronamaßnahmen nun immer weiter zurückgefahren werden, ist nicht davon auszugehen, dass die Schwurbler_Innen einfach verschwinden. Selbst wenn sich Querdenken endlich "totläuft", bleibt zu befürchten, dass der Schaden, welche die massive verschwörungsideologische und in Teilen antisemitische Propaganda der Rechten angerichtet hat, ein längerfristiges, anhaltendes Problem bleibt. So wie PEGIDA nicht einfach nach der sogenannten „Flüchtlingskrise“ verschwunden ist, sondern im Gegenteil nachhaltig ein rassistisches Klima und einen festen Bodensatz an AfD-Wähler_Innen produziert hat und

mittlerweile mit Querdenken nahezu fusionierte, werden auch nach Querdenken neue rechte Bewegungen immer wieder entstehen, solange wir als Linke diesen nicht effektiv etwas entgegensetzen und den Nährboden, auf dem solche erst entstehen können, den Kapitalismus, für immer austrocknen.

Deswegen fordern wir:

- Freigabe der Impfstoffpatente international und eine internationale Impfpflicht, um der Pandemie endlich wirksam entgegen zu treten, das gilt auch für regelmäßige Auffrischungsimpfungen!
- Schluss mit der Rücknahme aller Maßnahmen, vor allem denen, die noch notwendig sind (wie z.B. kostenlose Tests oder Maskenpflicht).
- Kostenlose Bereitstellung von PCR Tests überall, denn Schnelltests stellen nun mal Omikron nicht fest.
- Stellen wir uns den Rechten auf der Straße entgegen, und blockieren wir ihre Demonstrationen!
- Aufbau einer Antikrisenbewegung, die eine antikapitalistische Alternative zur Regierung, aber auch zu den rechten Verschwörungstheoretiker_Innen darstellt!

Klassenkampf statt Querdenken

Dies ist ein Flyer, der in Berlin auf den Gegenprotesten zu den „Montagsspaziergängen“ verteilt wird.

Seit mehreren Monaten treibt die rechtsoffene, verschwörungsideologische Bewegung „Querdenken“ verstärkt ihr Unwesen in deutschen Städten. Häufig tritt diese in Form der sogenannten Montags-Spaziergänge, welche in Wahrheit als Spaziergang getarnte und unangemeldete Demonstrationen sind, auf. Querdenken ist eine Querfront, also eine Bewegung, in der sich

verschiedene politische Gruppen aktiv zusammenschließen, welche sich eigentlich konträr gegenüberstehen. So besteht Querdenken einerseits aus esoterischen Hippies, ultra-liberalen FDP-Wähler_Innen und andererseits aus handfesten Nazis, welche sich seit Beginn der Bewegung 2020 immer mehr in den Vordergrund gestellt und spätestens seit den Montagsspaziergängen vor allem im Osten Deutschlands die Führung übernommen haben.

Die „Kritik“ der Querdenker_Innen an den Corona-Maßnahmen bezieht sich weniger auf konkrete, teils auch kritikwürdige Regelungen, die zur Eindämmung der Pandemie getroffen wurden. Vielmehr argumentiert die Bewegung mittels absurder, oftmals antisemitisch angehauchter, Verschwörungsmythen á la „Great Reset“. Kernaussage ist hier häufig, dass es in Wahrheit gar keine Pandemie gäbe, sondern lediglich die Mächtigen sich verschworen haben und dem Volk glauben machen wollen, es bestünde eine in Wahrheit nichtexistierende Gefahr. So wird zum Beispiel gerne von einer „Corona-Diktatur“ gesprochen und die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung werden mit dem Hitlerfaschismus verglichen. Eines der ekelhaftesten Beispiele hierfür sind die „Ungeimpft-Sterne“, die viele Querdenker_Innen in Anlehnung an die zur Kenntlichmachung von Jüd_Innen genutzten „Judensterne“ tragen, was eine unfassbare Verhöhnung der Opfer des Holocausts ist.

Gleichzeitig erschwert die Existenz der Querdenker_Innen-Bewegung den Weg für eine sinnvolle und antikapitalistische Kritik an den Corona-Maßnahmen, da es nun ein Leichtes ist, jede Person, die ein Wort gegen die aktuelle Pandemie-Politik sagt, in die verschwörungsideologische Ecke zu stellen. Doch zu kritisieren gibt es vieles: Seien es die unverhältnismäßigen Ausgangssperren, die Tatsache, dass man sich teilweise nicht mit zwei Freund_Innen treffen durfte, aber mit hundert anderen Menschen am Arbeitsplatz arbeiten musste, oder die Strategie der Regierung, ohne ernsthaften Schutz um jeden Preis den Regelunterricht an den Schulen fortzusetzen, wodurch Kinder und Jugendliche der Durchseuchung ausgesetzt werden. Ganz zu schweigen von der Tatsache, dass der Biontech-Konzern es der BRD verboten (!) hat, überzählige Impfdosen an ärmere Länder zu spenden, um den eigenen Profit nicht zu gefährden.

Wir fordern also:

- Sofortige Aufhebung der Patente auf Impfstoffe und somit freien Zugang zu diesen für ALLE Länder, damit sich das Virus nirgendwo auf der Welt mehr ungestört verbreiten kann!
- Finanzierung der Krisenkosten durch Besteuerung auf die Vermögen der Reichsten, die ihr Vermögen in der Krise verdoppelt haben!
- Rekommunalisierung der Gesundheitsversorgung und Enteignung der großen Krankenhaus-Konzern wie Asklepios oder Vivantes und somit ein Ende des profitorientierten Gesundheitssystems, sowie damit einhergehend die sofortige Abschaffung der Fallpauschale und der Profitpflicht für öffentliche Krankenhäuser!
- Für eine drastische Erhöhung der Löhne für Pfleger_Innen um mindestens 50% und die Zahlung eines Corona-Bonus von jeweils 5.000 Euro für die beiden Pandemie-Jahre 2020 und 2021, sowie die Einstellung von neuen Pflegekräften zur Entlastung!
- Sicherheit in Schulen und am Arbeitsplatz, ein Ende der Durchseuchung der Schulen und eine Rückkehr zum Fernunterricht, sobald es die pandemische Lage erfordert, sowie ein bundesweites Aussetzen der Präsenzpflcht bis zum Ende des Schuljahres. Alle werden versetzt! Für Beschäftigte in nicht gesellschaftlich relevanten Bereichen muss die Möglichkeit bestehen, bei sehr hohen Inzidenzen in einen voll bezahlten Urlaub zu gehen.
- Einen sofortigen Ausbau der PCR-Test-Kapazitäten und kostenlose PCR-Tests für alle: Im Moment stehen nahezu keine PCR-Tests mehr zur Verfügung, was dazu führt, dass die Kontaktnachverfolgung bei weiter steigenden Inzidenzen unmöglich wird.

Zusätzlich wollen wir darauf aufmerksam machen, dass es das kapitalistische Wirtschaftssystem ist, welches eine Krise durch das Virus in diesem Ausmaß erst ermöglicht hat. Da im derzeitigen System der Profit über Bedürfnisse gestellt wird, wurde das Gesundheitssystem jahrzehntelang kaputtgespart; es war Deutschland „nicht möglich“, die nicht notwendige Produktion für einige Wochen herunterzufahren, um die Pandemie einzudämmen. Zudem waren Pharmakonzerne trotz Milliardensubventionen aus Steuergeldern nicht bereit, zum Wohle aller auf fette Rendite zu verzichten. Während die

reichsten 10 Männer ihr Vermögen verdoppelt haben, sind 150 Millionen Menschen weltweit in die Armut gestürzt. Und vermutlich wird das erst der Anfang sein, denn die Wirtschaftskrise, die auf die Gesundheitskrise folgt, hat das Potential die Krise von 2009 bei weitem zu übertreffen. Die Inflation hat jetzt bereits die 5% erreicht, was bedeutet, dass die Reallöhne weiter fallen werden, während Mieten und Preise für Gas und Benzin steigen. Dazu kommen dann auch noch zu allem Übel Politiker_Innen, wie der Grüne Özdemir, die auch noch die Lebensmittelpreise erhöhen wollen. Bei all diesen Krisen, die sich immer weiter zuspitzen, muss uns als Lohnabhängigen klar sein: Der Kapitalismus ist die Krise! Nur in einem System jenseits des Kapitalismus, in einer rätendemokratisch verwalteten Planwirtschaft, können wir diese Krisen lösen! Nur der Sozialismus ist in der Lage ein System zu schaffen, in dem nicht mehr der Profit einiger weniger zählt, sondern die Bedürfnisse vieler! Was uns dabei nicht helfen wird, sind rechte, auf Verschwörungsmythen basierende, Scheinlösungen, die das wahre Problem verkennen und im Gegenteil eine noch unsolidarischere Politik fordern.

Bericht: Lage in den psychischen Kliniken in Sachsen

Im Kapitalismus leiden viele Menschen unter Depressionen, Angststörungen, posttraumatischen Belastungsstörungen, Drogenabhängigkeit und vielen anderen psychischen Krankheiten. Diese werden unter anderem durch enorme Belastung und den Stress in 40 Stunden Lohnarbeit, durch die Mehrbelastung von Frauen, Job und Familie unter einen Hut zu bekommen, durch traumatische Erlebnisse wie Kriegserfahrungen, sexuelle oder rassistische Gewalt verursacht, was alles mit dem kapitalistischen System zusammenhängt. Aber anders als körperliche Krankheiten sind psychische meist ein Tabuthema in der Öffentlichkeit. Menschen, die sich in Therapie begeben, haben es sowieso schon oft super schwer einen Platz zu bekommen,

weil es für die ganzen Erkrankungen viel zu wenige Therapeut_Innen gibt. Dann werden sie noch von Arbeitskolleg_Innen ausgelacht, oder ihren Freund_Innen oder Familien fehlt das Verständnis und sie nehmen es nicht ernst. So wird Vielen mit Depression gesagt, sie sollten „einfach mal mehr raus gehen, dann würde das schon wieder“, als ob es an ihrer Faulheit liegen würde.

Während der Coronakrise hat sich das noch einmal verschlimmert. Therapeut_Innen wurden krank, die Zahlen von häuslicher Gewalt, Depressionen aufgrund der ewigen sozialen Isolation, und die Selbstmordrate stiegen stark an. Gleichzeitig mussten auch psychischen Kliniken zeitweise schließen oder ihre Betten reduzieren. Da die nächste Welle von Corona gerade wütet und in Sachsen besonders schlimme Ausmaße annimmt, habe ich mich entschlossen einen kurzen Bericht zu der Lage in den sächsischen Kliniken, am Beispiel von meiner, zu schreiben.

Aktuell ist die Lage hier in den sächsischen Kliniken besonders schlimm. Für Erkrankte gibt es Wartelisten von 6 Monaten bis ein Jahr (vor Corona waren es im Durchschnitt 3 bis 4 Monate). Wer eher in eine Klinik möchte, muss sich einweisen lassen. Dort herrscht aufgrund von Corona ein Besuchsverbot. In meiner psychosomatischen Klinik gibt es zumindest noch die Möglichkeit, einmal die Woche jemanden mit Abstand und Maske für eine Stunde zu treffen. So werden psychisch eh schon von der sozialen Isolation des Lockdowns angeschlagene Menschen noch mehr isoliert, nur weil die Regierung, einen kurzen Wirtschaftslockdown und eine Impfpflicht, sowie internationale Aufhebung der Impfpflichten immer noch verweigert (Siehe Artikel:

<http://onesolutionrevolution.de/alle-jahre-wieder-lockdown-wie-kann-es-der-le-tzte-werden/>). In den Kliniken gibt es auch regelmäßige PCR-Tests (2 bis 3 Mal die Woche), dennoch finden alle Therapien und Aufenthalte außerhalb des Zimmers mit Maske statt. Diese Regelungen sind auch sinnvoll und es ist gut, dass sie so umgesetzt werden. Allerdings wäre ein tägliches Testen schon sinnvoller.

Die Kliniken hier sind jedoch mit der massiven Anzahl an Neuzugängen überlastet. Unsere Station ist immer voll, und aufgrund des Zustroms hat die

Dresdner Klinik sogar Patient_Innen aus Bautzen und Görlitz aufgenommen, die in ihren Städten keine Plätze mehr bekamen. Für diese Leute ist es natürlich schwer, überhaupt jemand zu sehen, denn ihre Freund_Innen müssten für eine Stunde ein ganz schönes Stück nach Dresden fahren. Und trotz dieser aufwändigen Verfahren erkranken auf unserer Station immer wieder Leute an Corona, die dann nach Hause geschickt werden müssen. Zusammen mit ihnen alle Personen, die nach dem Test noch mit ihnen Kontakt hatten. Eine Mitpatientin von mir wurde so insgesamt schon 2 Mal nach Hause geschickt (für 2 Wochen) ohne ein einziges Mal erkrankt zu sein. Aufgrund dessen sind die Kontakte auch hier drin reduziert. Man darf nur noch mit der Gruppe Kontakt haben, in die man je nach Erkrankung unterteilt ist. Das macht die angespannte Lage mit dem sozialen Kontakt noch schwieriger. Auch viele Gemeinschaftsaktivitäten, die es sonst hier gibt, mussten aufgrund der Coronalage gestrichen werden.

In den nächsten Wochen bietet unsere Klinik allen Patient_Innen sogar die Booster-Impfung an. Leider gibt es unter meinen Mitpatient_Innen aber auch einige Menschen, die sich nicht impfen lassen wollen, weshalb so ein freiwilliges Angebot nur bedingt etwas bringt.

Zusammengefasst ist die Lage in den psychischen Kliniken in Sachsen sehr angespannt. Für die Pfleger_Innen, Ärzt_Innen und Therapeut_Innen, weil sie jeden Tag schauen müssen, wie sie überhaupt die Kliniken offenhalten können. Für die Patient_Innen, weil sie der eh schon angespannten Lage nicht entkommen können und zusätzliche soziale Isolation erleben.

Um diesen Missstand zu ändern, braucht es die sofortige Umsetzung folgender Forderungen, um die Coronalage zu entspannen und den Patient_Innen mehr Kontakt zu ermöglichen:

- Tägliche PCR-Tests in allen Kliniken, sofortiger Ausbau von Kliniken und mehr Therapeut_Innen-Plätze finanziert durch staatliche Gelder, die aus einer Erhöhung der Vermögenssteuer kommen, da psychische Gesundheit über Profitmaximierung steht
- Menschen, die in den Kliniken Kontakt mit coronapositiven Patient_Innen hatten, sollten nochmal getestet werden, statt nur auf

Verdacht nach Hause geschickt zu werden

- Möglichkeit für alle sich in den Kliniken impfen zu lassen, sodass niemand raus zu einem Impfzentrum muss, und sich so in Gefahr begibt, infiziert zu werden
- Einstellung und Ausbildung von mehr Pflegepersonal! Der Pfleger_Innenmangel und die hohe Belastung für Pfleger_Innen sind auch in psychischen Kliniken, gerade während Corona, spürbar.

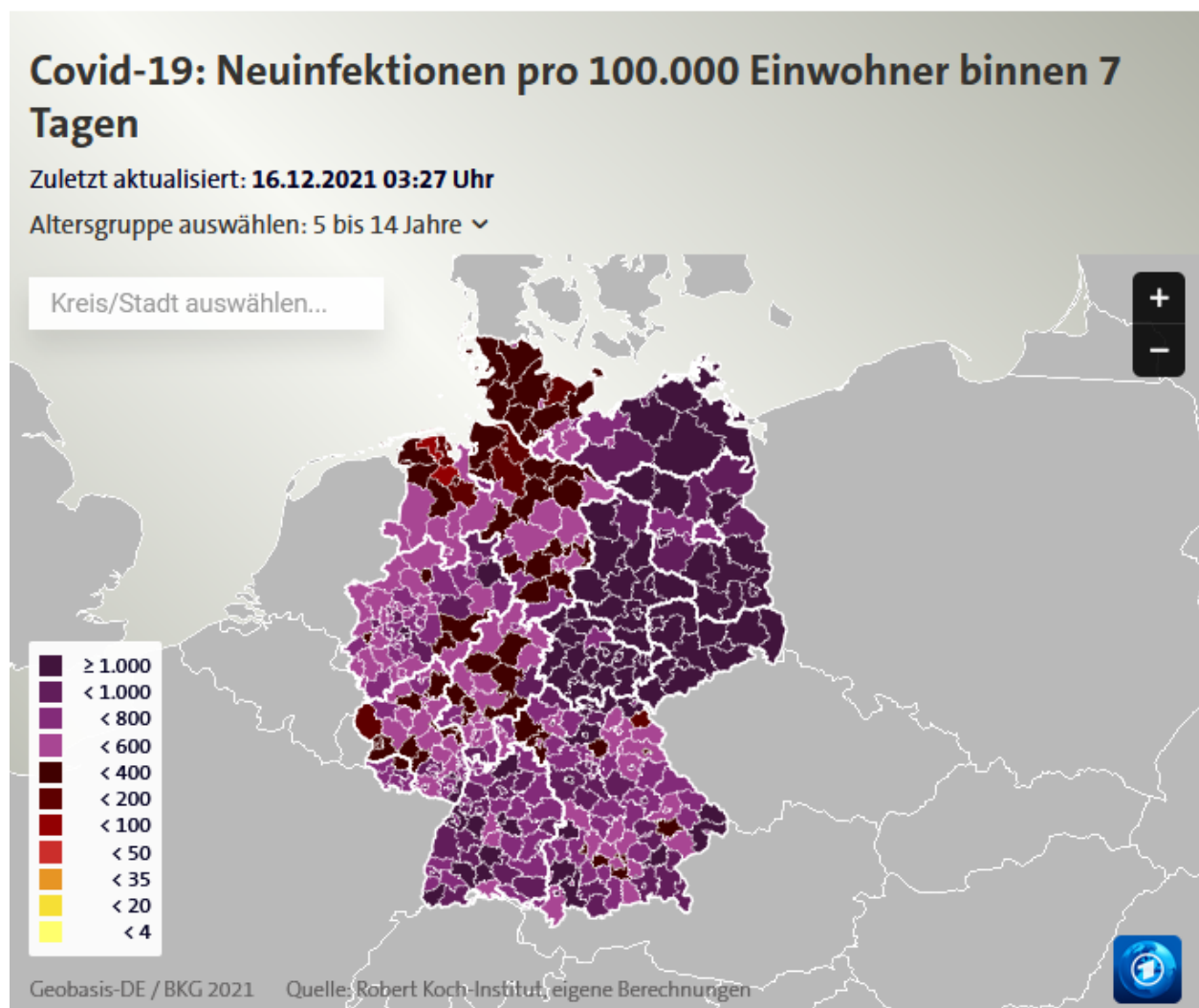
Alle Jahre wieder Lockdown. Wie kann es der letzte werden?

Von Dilara Lorin

Wieso sind wir eigentlich nicht überrascht darüber, dass wir diesen Winter wieder in der mittlerweile 4. Corona-Welle stecken? Unterbewusst war es uns doch klar, dass Corona nicht über den Sommer verschwinden wird und auch wenn die Gedanken darüber immer weiter kollektiv verdrängt wurden, wussten wir, dass wir der Realität einer fortlaufenden Pandemie ins Auge blicken müssen. Die 4. Welle ist mitten in Deutschland angekommen: Die Inzidenzen liegen bundesweit seit mehreren Wochen über ca. 25.000 Neuinfektionen, seit Beginn der Pandemie sind mehr als 100.000 Menschen an Corona verstorben und die Zahlen sinken kaum und aufgrund von Meldeverzug in den Ämtern und Staus in den Laboren sinken die wahren Infektionen wahrscheinlich gar nicht ab. Schaut man sich die Karte zu den Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner_Innen binnen der letzten 7 Tage an, sieht man dunkelrote bis pinke oder lilane Flecken- das heißt wir haben ausschließlich 200er- bis über 1000er-Inzidenzen pro Landkreis. Am meisten stechen dort Ost- und Süddeutschland hervor, wo es keinen Landkreis gibt, der aktuell unter 600 Infektionen pro 100.000 Einwohner_Innen liegt. Obendrauf verbreitet sich die Omikron-Variante in der Bevölkerung immer

weiter, welches einen noch krasserem Schwenk in der aktuellen schon krassen Situation verursachen wird. Nun hört man vermehrt: „Ja impfen bringt ja eh nichts, man wird trotzdem krank. / Wir müssen einfach lernen mit der Pandemie zu leben und der natürlichen Auslese freien Lauf lassen“ und auf der anderen Seite werden Stimmen laut, die eine Impfflicht fordern, während die Schulen offen bleiben und Arbeiter_Innen jeden Tag zur Arbeit gehen müssen. Wir wollen in diesem Artikel auf verschiedene Strategien der Pandemiebekämpfung eingehen und unsere Perspektive aufzeigen.

Die Schulen werden durchseucht - Wir Jugendlichen müssen darunter leiden



Am schlimmsten sieht die Karte Deutschlands für die Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner_Innen für Jugendliche aus: Bei den 5- bis 14-Jährigen gibt es kaum Landkreise, die unter 400 Neuinfektionen liegen! Wie denn auch, wenn die Schulen offen sind, die erst allmählich geimpften

Schüler_Innen jeden Tag mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zur Schule fahren und kaum Lüftungsanlagen installiert wurden, obwohl seit Anfang der Pandemie davon gesprochen wird, dass es notwendig ist und die Hygienebedingungen genauso scheiße sind wie vor der Pandemie? Wird ein_e Schüler_In in der Klasse positiv getestet und berichtet dies der Schule, dann geht oftmals nur der_die Banknachbar_In in Quarantäne und wenn es hoch kommt, die Person die vor Ihnen saß, aber die Klasse selber bleibt in der Schule. In den Klassen wird oftmals schon lange nicht mehr die Maske komplett über den ganzen Tag getragen, gelüftet wird auch immer weniger bei diesen niedrigen Temperaturen. Und was passiert mit den Schüler_Innen, welche sich in Quarantäne begeben? Sie haben dadurch einen Nachteil, obwohl sie sich und andere mit dieser Maßnahme schützen. Den Unterricht müssen sie selbst nachholen, Haufen von Arbeitsblättern mit Inhalten, die sie sich selber beibringen sollen und wenn die Quarantäne vorbei ist, sollen sie alle Klassenarbeiten und Test oftmals an 1-2 Tagen nachholen. Der Notendruck und Prüfungsstress ist gefühlt um das Doppelte angestiegen und genauso leidet die Psyche vieler Schüler_Innen.

Wie können wir zulassen, dass die Schulen durchseucht werden, während die Pandemie etliche Menschen das Leben kostet und die neu aufkommenden Varianten immer härter bei Jugendlichen wirken? Wie kann es sein, dass die Ampelkoalition kaum etwas zur Lage in den Schulen sagt, es kaum Berichtserstattungen darüber gibt? Wir können das nicht mehr einfach so hinnehmen! Wir brauchen eine Bewegung, die Forderungen nach einem sicheren Schulalltag erkämpft. Sichere Schule heißt: Lüftungsanlagen, Test für alle egal ob geimpft oder ungeimpft, Masken für alle und gute Hygienebedingungen im Schulgebäude. Wenn die Inzidenzen auf eine immer drastischere Situation hinführen, dann brauchen wir die Möglichkeit, den Unterricht online durchzuführen und dafür muss jeder_m Schüler_In ein Endgerät vom Staat und gute Internetverbindung zur Verfügung gestellt werden. Wenn der Staat Milliarden für die Rettung der Lufthansa ausgeben kann, dann kann er auch Millionen gute Laptops zur Verfügung stellen. Gleichzeitig muss es für Schüler_Innen, welche zu Hause keine gute Lernatmosphäre haben oder sich dort aus anderen Gründen nicht wohl fühlen, die Möglichkeit geben, die leeren Räume der Schule zu nutzen.

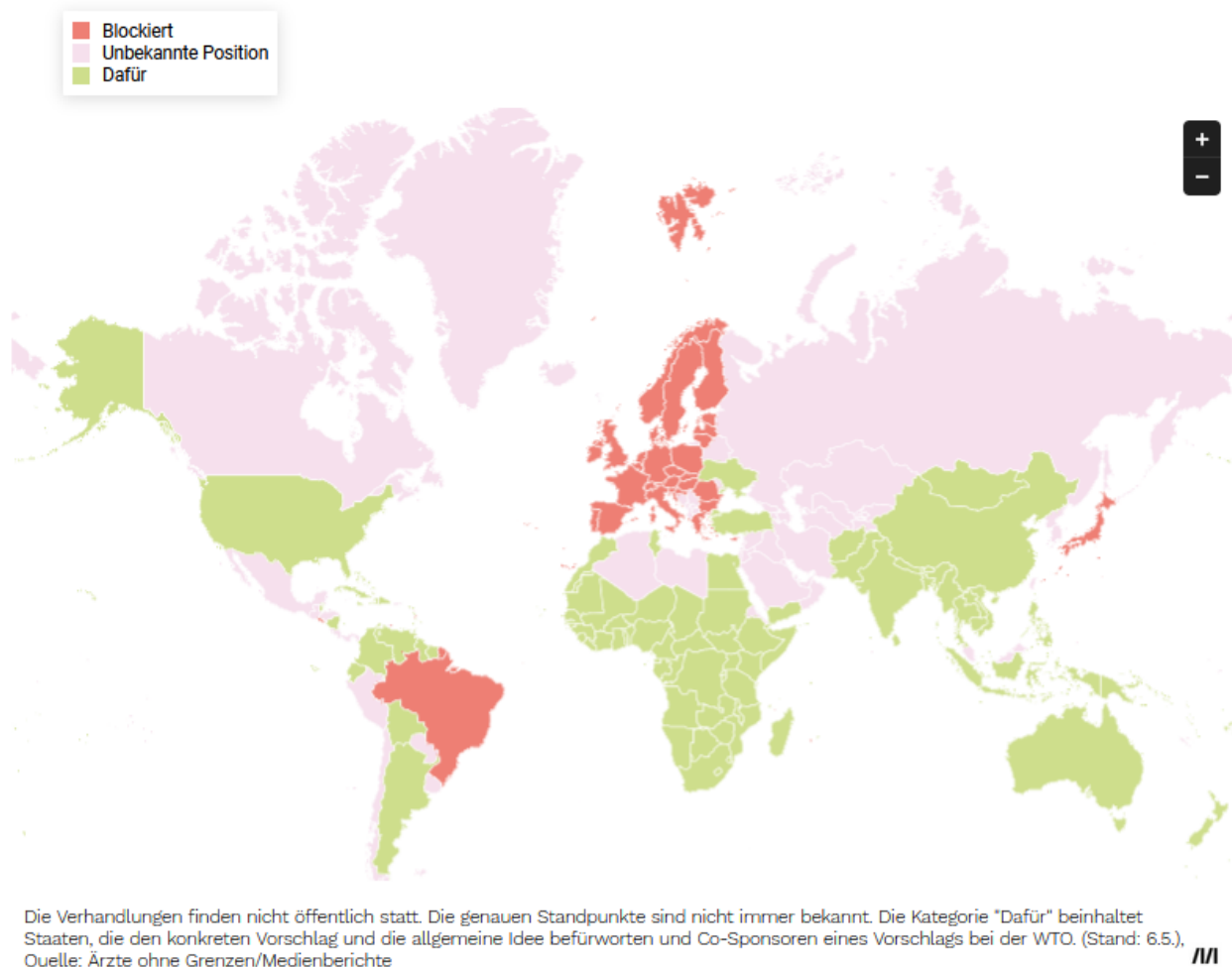
Und nun? Was muss gemacht werden?

Es ist ein Skandal, dass der Ampel nach so langer Zeit der Pandemie nichts einfällt, außer Masken und Lüften, das Schließen der Restaurants etc. ab 20 Uhr und bei einer Inzidenz über 1000 dürfen sich Geimpfte nur mit einem Ungeimpften treffen. Wir brauchen stattdessen einen solidarischen und wirtschaftlichen Lockdown, der konsequent aber dadurch kürzer ist. Damit meinen wir nicht „Bleibt alle zu Hause, falls ihr es euch leisten könnt“, sondern es bedeutet, dass bis auf Notversorgung wir alle zu Hause bleiben, uns aber der/die Arbeitgeber_in den Lohn weiterbezahlt. Jetzt gerade landet das in den Taschen der CEOs und Besitzenden, während wir uns jeden Tag der Gefahr aussetzen, uns oder andere anzustecken.

Die bürgerlichen Medien vermitteln die Illusion, dass durch eine Impfpflicht das Problem gelöst werden könnte, während diese Diskussion eher eine Schattendiskussion ist, da es in der aktuell neu eskalierenden Situation (Hohe Inzidenzzahlen, Omikron, Überlastung des Gesundheitssystems...) am Kern des Problems vorbeigeht. Dass kapitalistische Staaten immer mehr dazu „gezwungen“ sind, zu so drastischen Maßnahmen wie der Impfpflicht zu greifen, kommt daher, dass die Corona-Gesundheitskrise immer mehr die Krise des nationalstaatlich organisierten Kapitalismus aufzeigt und dabei immer deutlicher macht, wie unfähig das System ist, die Pandemie schnell, effizient und global zu bekämpfen. Denn eins ist klar: Einzig und allein zu fordern: „Lasst euch impfen“, wird die Pandemie nicht aufbrechen. Wir brauchen keine Aufforderungen und Lösungsvorschläge, die nur auf das Handeln eines Individuums abzielen, sondern wir brauchen eine globale Zero-Covid Strategie, wobei erkämpft werden muss, dass die Patente auf die Impfstoffe freigegeben werden! Denn wenn sich die imperialistischen Staaten durchimpfen lassen, aber die halbkoloniale Welt nicht das Geld dazu hat, den Impfstoff zu kaufen oder wegen der Patente gar selbst zu produzieren, dann werden nicht nur weiter abertausende Menschen sterben, sondern immer neue Mutationen entstehen, bei denen irgendwann auch der aktuelle Impfstoff nicht mehr wirken wird. Dabei spielt die EU eine unrühmliche Rolle, die die Blockade der Freigabe durchsetzt (siehe Bild).

Reiche Staaten blockieren die freie Herstellung von Corona-Impfungen, arme leiden darunter

100 Staaten fordern, dass geistiges Eigentum auf Impfstoffe und Medikamente gegen COVID für den Zeitraum der Corona-Pandemie ausgesetzt wird. Es behindere den fairen Zugang zu diesen Stoffen und den Kampf gegen diese Stoffe.



Außerdem kann eine globale Kampagne, die zur Impfung aufklärt und jeder_m diese umsonst zur Verfügung stellt, mehr dazu beitragen, dass sich viele Menschen impfen lassen als eine Pflicht und Geldstrafen.

Impfpflicht- Ja oder Nein?

Eine Impfpflicht wäre unter 2 wichtigen Voraussetzungen die richtige Entscheidung: Erstens unter der Bedingung, dass die Pflege massiv ausgebaut wird, höhere Bezahlung der Beschäftigten durchgesetzt wird und mehr Investitionen in das Gesundheitssystem stattfinden. Zweitens: Wenn es kollektive und mobile Impfteams in jeder Nachbarschaft gibt, die von Tür zur Tür gehen und die Leute impfen können. Damit spart man sich schon einmal stundenlanges Schlangestehen vor den Impfzentren, wofür momentan viele

Arbeiter_Innen einen ganzen freien Tag nehmen müssen. Mit gutem Beispiel geht dabei Kuba voran: Sie entwickelten nicht nur ihren eigenen Impfstoff, sondern setzten besagte mobile Impfteams ein und führten mittels Nachbarschaftshilfen eine kollektive Impfkampagne durch, sodass aktuell 82,6% der Kubaner_Innen vollständig geimpft sind.

Wir müssen bei einer global organisierten Kampagne vor allem bedenken, dass wir uns impfen lassen, um die Gefährdung von Risikopatient_Innen durch eine Infektion soweit wie möglich zu minimieren. Dabei stellen wir bewusst das Selbstbestimmungsrecht der potentiell Betroffenen, nicht zu erkranken, über unser Recht, uns nicht zu impfen. Dabei ist zu bemerken: Wirkliche Nebenwirkungen nach einer Impfung treten nur bei 0.02% auf, aber ganze 14% der Corona-Infektionen haben einen schweren Verlauf- das ist ein 700-mal höheres Risiko, wenn man davon ausgeht, dass die Herdenimmunität das Ziel ist, also die meisten entweder geimpft oder genesen sein müssen.

Wir müssen uns also bewusst machen, dass die Pandemie nicht einfach so verschwinden wird, wenn wir nur einen Hebel bewegen, aber alle Bedingungen, die eine effektive globale Eindämmung bis heute verhindern, außer Acht lassen. Wir müssen anfangen, mit weltweiten Forderungen zu kämpfen: Es wird uns in Deutschland, Singapur oder Kanada nichts bringen, wenn wir durchgeimpft sind aber der Rest der Welt unter der Pandemie leidet und nicht an Impfstoffe herankommt, weil die Pharmakonzerne lieber Profit damit machen, als Menschenleben zu retten. Wir brauchen eine Bewegung, die die durch die Corona-Krise hervorgehobenen Probleme als Produkte des kapitalistischen Systems erkennt und international als Arbeiter_Innen und Jugendbewegung für folgende Forderungen kämpft:

- Für einen globalen und solidarischen Wirtschaftslockdown bei vollen Lohnfortzahlungen!
- Konsequente Durchsetzung von effizienten Hygienekonzepten in Schulen & Unis!
- Kostenlose Endgeräte, gute Internetverbindungen und sichere Lernräume, für alle, die im Homeschooling lernen!
- Freigabe der Impfpatente und faire Verteilung der Impfstoffe und

Produktionsmöglichkeiten!

- Mobile Impfteams in jeder Nachbarschaft!
- Aufrüstung des Gesundheitssystems und höhere Löhne für die Beschäftigten statt einmaliger Corona-Boni!

Argumente gegen Impfgegner_Innen

Von Leonie Schmidt

Mittlerweile ist es für immer mehr

Menschen in Deutschland möglich, sich impfen zu lassen, aber gleichzeitig keimen auch immer mehr Argumente gegen das Impfen auf.

Aber nicht nur aus dem klassischen Querdenker_Innen- Spektrum, sondern auch von ganz „normalen“ Menschen. Manche von uns erleben Diskussionen darüber sogar im eigenen Familien- und Bekanntenkreis:

Die Impfung sei schädlich, nicht ausreichend erforscht und gefährlich. Leider ist es

Deutschland nicht gelungen, eine ordentliche Impfkampagne zu erstellen und dafür zu sorgen, dass die Bevölkerung angemessen aufgeklärt und nicht verunsichert ist. Denn die Impfung ist eine der Maßnahmen, die nötig sind, damit diese Pandemie endlich beendet werden kann. Dafür ist es wichtig, dass möglichst viele Menschen möglichst schnell geimpft werden – aber nur ca. 50-65% (je nach Altersgruppe) wollen sich impfen lassen. Um eine Herdenimmunität gegen Covid-19 zu erreichen, müssten sich allerdings zwischen 60-80% der Bevölkerung impfen lassen. Was sind die klassischen Argumente und wie können sie entkräftet werden?

Argument: „Der Impfstoff ist doch noch gar nicht ausreichend erforscht!“

Da es das Covid-19-Virus erst seit ca. 2 Jahren offiziell so gibt, gehen manche davon aus, dass der Impfstoff ungenügend erforscht sei. Er wäre nur innerhalb von 18 Monaten entwickelt wurden, wohingegen andere Impfstoffe erst nach ca. 10-15 Jahren zugelassen würden. Aber das stimmt so nicht, denn einerseits werden Covid-Viren schon länger erforscht und andererseits auch die sogenannten mRNA-Impfstoffe, zu denen auch die Corona-Impfungen gehören. Es ist zwar eine neuere Methode, jedoch wird an der RNA schon seit mehr als 20 Jahren geforscht, an den RNA-Impfstoffen seit über 8 Jahren. Auch zum Thema Erbgut machen sich viele Menschen Sorgen, da der Impfstoff auf Geninformationen des Coronavirus basiert, jedoch geht die RNA gar nicht in den Zellkern, wo die DNA und somit die Geninformation ist, kann diese also auch nicht ändern. Des Weiteren sind viele wegen der möglichen Nebenwirkungen verunsichert, insbesondere bei AstraZeneca. Da es da einige Thrombose-Fälle gab, wurden die Impfungen damit auch kurzzeitig gestoppt. Jedoch ist diese Nebenwirkung äußerst selten und es ist mal wieder sehr interessant, wie das gehandhabt wird. Die Antibabypille beispielsweise, welche massenhaft Thrombosefälle auslöst, wird ohne große Aufklärung verschrieben und da interessiert es auch niemanden – Frauenärzt_Innen drängen sogar zur Einnahme. Des Weiteren sind die bekannten Fälle verschwindend gering und die Nebenwirkungen sind größtenteils mit normalen Grippeimpfungen zu vergleichen. Zusätzlich werden junge Frauen, welche hauptsächlich an Thrombosen erkrankten, ohnehin mittlerweile mit einem der anderen Impfstoffe geimpft.

Argument: „Die Impfungen sollen nur Profite für die Finanzeliten bringen!“

Wenngleich die Impfung für die Pharmaindustrie eine wahre Goldgrube ist, so ist es doch verschwörungstheoretischer Quatsch, zu behaupten, dass es ihn nur deswegen gebe. Sicher bekommen die führenden Pharmaunternehmen einen riesigen Profit dadurch (ca. 50 Milliarden zusätzlich für dieses

Jahr wurden prophezeit), aber die Impfung wäre auch immer noch notwendig, wenn sie nicht von der Pharmaindustrie bereitgestellt werden würde. Trotzdem stecken hinter dem Impfstoff keine ominösen Finanzeliten, sondern offen auftretende Kapitalist_Innen, die die Gesetze der kapitalistischen Wirtschaft für sich nutzen – Also eigentlich nix Neues. Zu kritisieren ist dabei nicht das Impfen an sich, sondern, dass daraus Profit gemacht werden kann. Dadurch variieren die Preise der Impfstoffe stark, manche Unternehmen bieten es zum Selbstkostenpreis an, andere für deutlich profitablere Preise. Es ist eindeutig eine Klassenfrage, wenn man sich anschaut, dass insbesondere die Länder, die viel Geld haben, zuerst an Impfstoffe kommen, während Halbkolonien wahrscheinlich Jahre brauchen werden, bis sie ausreichend Impfstoff für ihre Bevölkerung bekommen. Weiterhin ist es typisch für den Kapitalismus, dass die Bourgeoisie hohe Gewinne einfahren wird, und nicht die Arbeiter_Innen, die den Impfstoff produzieren und verimpfen. Daher treten wir auch dafür ein, dass die Pharmabetriebe von den Arbeiter_Innen kontrolliert und geführt werden und dafür, dass die Patente veröffentlicht werden, damit alle Länder in der Lage sind, günstig und schnell an Impfstoff zu kommen bzw. ihn zu produzieren.

Argument: „Ich bin eh zu jung, um schwer an Covid zu erkranken!“

20% der 18-39-Jährigen gaben an, sie würden sich auf keinen Fall impfen lassen. Viele von ihnen machen sich keine Sorgen, da sie davon ausgehen, eine Corona-Infektion mit einem leichten Verlauf und wenig Einschränkung zu überleben. Allerdings gibt es auch bei leichten Verläufen die Möglichkeiten für Langzeitfolgen, welche noch unerforscht sind, beispielsweise für „Long Covid“ (also Einschränkungen, die auch nach Ende einer milden Infektion weiterhin auftreten, zum Beispiel Müdigkeit, verringerte Herzleistung oder Geschmacksverlust). Des Weiteren ist es auch für die Herdenimmunität sehr wichtig, dass junge Leute sich impfen lassen, da sie den Virus ja weiterhin übertragen können, beispielsweise wenn sie ohne Symptome ansteckend sind. Ebenfalls

beachtet werden muss die Möglichkeit, dass die Mutationen auch für jüngere Personen schädlicher sein können und sich schneller übertragen lassen, und das wird bei der britischen Mutation der Covid-Viren schon beobachtet. Also, auch wenn junge Menschen bei der Impfpriorisierung vieler Orts noch nicht an der Reihe sind, sollten sie auf jeden Fall die Möglichkeit wahrnehmen, sich impfen zu lassen. Denn bereits in der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass schon Krankheiten wie die Masern oder Diphtherie nur ausgerottet werden konnten, indem sich große Teile der Gesellschaft dagegen impfen ließen.

Beispiel Impfstoffproduktion: Kann der Markt die Pandemie beenden?

Von Felix Ruga

Das letzte bürgerliche Versprechen um aus der Pandemie raus zu kommen ist die massenhafte Impfung begleitet mit einem halbgaren Freizeitlockdown, um das Gesundheitssystem und die Wirtschaft am Laufen zu halten. Angela Merkel machte zum Startschuss der Impfkampagne das vollmundige Versprechen, dass es jetzt ganz schnell gehen wird und vielleicht schon zu Ostern alles wieder etwas entspannter sein darf. Daraus wurde offensichtlich nichts.

Denn die Impfkampagne kam vier Monate nicht in Gang. Verglichen mit Großbritannien, den USA und Israel ist die Impfgeschwindigkeit in der EU und dementsprechend auch Deutschland ziemlich langsam, ganz zu schweigen vom Großteil der

wirtschaftlich schwächeren Länder, die trotz großer Versprechen wohl frühestens massenhaft impfen werden, wenn es die imperialistischen Zentren bereits hinter sich haben. Entscheidend für die Impfgeschwindigkeit ist die Versorgung mit dem Impfstoff selbst und die wird für Deutschland vor Allem über die EU geregelt. Dort wird ständig darum gezankt, wer wie viel kriegt, aber eigentlich ist den Verantwortlichen klar, dass dabei bloß ein Mangel verwaltet wird. Zum einen ist die Produktion ohnehin viel zu schwach, dann gibt es immer wieder Probleme, weil andere imperialistische Länder entweder Impfstoffe oder deren Bestandteile nicht liefern, um sich erst mal selbst zu versorgen, und die hiesigen Unternehmen haben lange Zeit nur Bruchteile der versprochenen Mengen geliefert.

Der Chaos der privaten Produktion

Dass das aber gar nicht so sein müsste, wird von vielen und auch bürgerlichen Kräften kritisiert. Deutschland hätte mehr anfordern müssen, heißt es da zum Beispiel, oder auf mehr Marken hätte setzen sollen. Dass aber selbst die zu geringen Zahlen nicht eingehalten wurden oder dass sowohl BioNTech, AstraZeneca als auch Moderna alle nicht ihre versprochenen Liefermengen gehalten haben, spricht für sich. Technische Probleme, Zulassungsverfahren, Lieferschwierigkeit, unerwartete Komplikationen führten dazu, dass Deutschland erst jetzt so langsam aus dem Quark seiner Impfkampagne kommt.

Das Hauptproblem ist aber, dass die Impfstoffkonzerne und deren Herstellung nicht primär darauf ausgelegt sind, möglichst sinnvoll alle Menschen zu versorgen. Es geht darum, durch die Produktion möglichst viel Schnapp zu machen. Und damit kommt das größte Hindernis für eine effektive Impfstoffproduktion ins Spiel: die Patente. Weil, da alle Pharmakonzerne es jetzt auf fette Gewinne anlegen, teilen sie ihr Wissen nicht mit anderen möglichen Produzenten und deswegen sichern sie ihr Impfstoffrezept mit dem Patentrecht. Es zeigt zudem, dass der

Wettbewerb eben nicht möglichst schnell zum Impfstoff führt. Denn jetzt ist die Arbeit von Biolog_Innen, Pharmazeut_Innen usw. auf unterschiedliche Konzerne verteilt anstatt dass gebündelt zusammen geforscht und produziert wird. So kocht jeder Hersteller eben sein eigenes mRNA- oder Vektor- oder LmaA-machen-wir-viel-Profit-Süppchen.

Außerdem ist es ein großes Problem, dass es zig einzelne Projekte und Unternehmen sind und jeweils nur dem eigenen Profit oder den Geldgeber_Innen verantwortlich sind. Der Impfstoffnationalismus tut sein Übriges und heraus kommt eine heftige weltweite Ungleichverteilung und Lieferhindernisse. Beispielsweise fasst die USA den „Defence Production Act“, also ein Gesetz für Eingriffe in die Produktion im Kriegsfall von 1950, mittlerweile so auf, dass alle Stoffe zur Bekämpfung von Corona erstmal in den USA bleiben soll. Das bedeutet jedoch auch, dass wichtige Rohstoffe für die Impfstoffproduktion nicht mehr geliefert werden, was weltweit in diversen Standorten die Herstellung ausbremst, unter anderem in Indien und der EU.

Unsere Gesundheit darf keine Ware sein!

Eingriffe in die Produktion sind dabei jedoch ganz grundsätzlich der richtige Ansatz, denn in solch schwierigen Momenten zeigt sich am stärksten, dass wir uns auf den Markt nicht verlassen können! Private Unternehmen haben kein Interesse daran gesamtgesellschaftliche Belange in Betracht zu ziehen. In der Konkurrenz ist das nachrangig und nur hinten angestellt werden dabei unsere Bedürfnisse gestillt. Der bürgerliche Staat will auch nur ungern eingreifen, wenn es darum geht, sinnvolle Preise oder eine notwendige Umstellung der Produktion aufzuerlegen, immerhin, der Markt ist heilig und dürfe nicht angetastet werden.

Deswegen müssen wir als Bewegung von der Straße und in den Betrieben darum kämpfen, dass die Produktion nicht mehr dem Profit, sondern unserer Gesundheit folgt! Wir können den Staat unter Druck

setzen, zum Beispiel in dem wir ihn auffordern die Impfstofflizenzen auf gesetzlichem Weg freizugeben und das Patentrecht abzuschaffen. Außerdem fordern wir die Unternehmen zu enteignen und demokratisch über sie zu bestimmen und sie durch die Arbeiter_Innen zu kontrollieren. Und das am besten in allen Ländern! Dadurch wird die Konkurrenz außer Kraft gesetzt und die hergestellten Impfstoffe nur noch dazu da, dass wir uns nicht mehr anstecken und die Pandemie überwinden, nicht um Profit zu machen. Selbstverständlich gäbe es dann auch keine Notwendigkeit mehr für Patente, Exklusivitäten einzelner Länder oder Verträge, die am Ende eh nicht eingehalten werden. Wir bündeln somit die Produktivkräfte und könnten sie sinnvoll und gerecht einsetzen, um Corona weltweit möglichst schnell ein Ende zu setzen!

#ZeroCovid - Stop the Curve!

Internationale Resolution von Revolution

Seitdem die Pandemie ausgebrochen ist und eine allgemeine Krise sich abzeichnet, sind die linken Massenorganisationen und auch große Teile der radikalen Linken in einen Winterschlaf gefallen, aus dem auch der Lärm von alles andere als schläfrigen Schwurbler_innen sie nicht aufwecken konnte. Jetzt kommt eine Initiative von links, die es wagt der Gesundheit zuliebe einen Finger an die Profite zu rühren und innerhalb weniger Tage 80,000 Unterschriften zustande bringt. Kein Wunder, dass das deutsche Kapital am Rad dreht, wie stets im Duett mit Gewerkschaftsführungen und bürgerlicher Presse. Aber auch innerhalb von Teilen der radikalen Linken hat die Kampagne keinen guten Ruf, ihr Ziel sei unrealistisch und dann wolle sie zu dessen Umsetzung auch noch einen

Polizeistaat installieren! Ist die Kampagne also überhaupt links?
Sind das vielleicht alles Faschisten? Und wenn nicht, wie sollten
sich junge Revolutionär_innen zu ihr verhalten? Was hat sie
überhaupt für die Jugend zu bedeuten, wie steht sie zu den Schulen?
Und wie könnte sie vielleicht sogar zum Sieg führen? Den
drängendsten Fragen wollen wir uns hier kurz annehmen.

Nochmal kurz Corona-Recap:

Also

Corona, das war ja diese Krankheit, die einen irgendwie umbringt,
wenn man z.B. Vorerkrankungen hat oder alt ist und dazu keinen
ausreichenden Zugang zu gesundheitlicher Versorgung bekommt. Weil die
Sterblichkeitsrate so in die Höhe geht, wenn das Gesundheitssystem
überlastet ist, ist die Pandemie nicht nur für uns Jugendliche und
die Arbeiter_innenklasse so eine Katastrophe, auch die Bourgeoisie
und die Regierungen haben ein Problem, wenn größere Teile der
Bevölkerung wegsterben. Der Ansatz von stumpfer „Herdenimmunität“,
der von Arschlöchern wie Trump oder Bolsonaro noch verfolgt wurde
und in beiden Ländern zu katastrophalen Zuständen geführt hat, ist
also im Allgemeinen für niemanden eine richtige Option. Die Politik,
die wir in Europa seit langem erleben, folgt daher dem Konzept
„flatten the curve“, d.h. durch halbherzige Maßnahmen wird das
Virus zwar nicht komplett eingedämmt, aber die Ausbreitung wird auf
ein lineares Wachstum verlangsamt, indem man die Reproduktionszahl
auf 1 oder knapp unter 1 bringt und damit auch knapp unter der
Kapazitätsgrenze des Gesundheitssystems verbleibt, man will sich
also irgendwie durchmauseln bis durch Impfung und Genesene die
Bevölkerung hinreichend immunisiert ist. Der Twist fürs Kapital
dabei ist, dass die Maßnahmen, die dabei getroffen werden,
hauptsächlich auf die persönlichen Freiheiten und Rechte der
Menschen abzielen (private Kontaktbeschränkungen, Schließung von
Kultur- und sozialen Einrichtungen, ...), jedoch die Produktion und
damit die Profite der großen Konzerne und Industrien weitgehend
unangetastet bleiben. Darin liegt aber auch ein Problem, weil die

kapitalistischen Regierungen in diesem ständigen Ringen über den Grad der Maßnahmen niemals vollständige Kontrolle über das Virus erlangen, wir sehen es aktuell sehr deutlich in der Debatte um die Wiederöffnung der Schulen, eine Schwierigkeit die durch Faktoren wie hoch infektiöse Virusmutationen natürlich weiter verschlimmert wird. Und hier kommt nun ZeroCovid ins Spiel, eine Kampagne, die ursprünglich zurückgeht auf eine Proposition einer Gruppe von Wissenschaftler_innen aus „The Lancet“ (das ist so ein kanonisches Medizinjournal aus Großbritannien).

Was will ZeroCovid?

Die hauptsächliche Message von ZC ist, dass die Infektionszahl, auf nahezu 0 (zero) heruntergebracht werden muss, um die Pandemie in den Griff zu bekommen, also eher ein „stop the curve“-Ansatz. ZC sagt nun, wie auch viele andere vernünftige Menschen, die nicht gerade einen Regierungsposten belegen, dass ein „Feierabendlockdown“, bei dem die meisten acht Stunden ihres Tages zubringen wie eh und je, dafür niemals ausreichen kann, und dass aus diesem Grunde auch für einen kurzen Zeitraum die nicht-essentiellen Teile der Wirtschaft geschlossen werden müssen.

Der Lockdown soll darüberhinaus ein „solidarischer Lockdown“ sein, in dem Sinne, dass ein Rettungspaket gefordert wird, nicht für Banken und Konzerne, sondern für „die Menschen, die von den Auswirkungen des Shutdowns besonders hart betroffen sind [...] wie Menschen mit niedrigen Einkommen, in beengten Wohnverhältnissen, in einem gewalttätigen Umfeld, Obdachlose“. Ebenso soll massiv in den Gesundheits- und Pflegebereich investiert werden und es wird gefordert, dass die Impfstoffe „ein globales Gemeingut“ und der „privaten Profiterzielung entzogen“ werden sollen.

Wichtig

ist, dass ZC, wenn auch nirgends das Wort „Kontrolle“ auftaucht, dazusagt, „dass die Beschäftigten die Maßnahmen in den Betrieben selber gestalten und gemeinsam durchsetzen“ müssen und auch die Gewerkschaften aufgefordert werden, „die erforderliche große und gemeinsame Pause zu organisieren“. Wichtig ist das deshalb, weil es die Frage aufwirft, wer das Subjekt der Veränderung sein soll, vielmehr noch diese Frage gleich mit einem Klassenstandpunkt auf Seiten der Arbeiter_innenklasse beantwortet. Dies schlägt sich auch in einer letzten Forderung noch einmal nieder, in der sie die Finanzierung aller Maßnahmen durch das Kapital fordern, in Form einer „europaweiten Covid-Solidaritätsabgabe auf hohe Vermögen, Unternehmensgewinne, Finanztransaktionen und die höchsten Einkommen.“

Was ist von all dem zu halten?

Wie schon angedeutet, ist der grundlegende Ansatz goldrichtig und es ist sehr zu begrüßen, dass die Initiative auf so eine Popularität stößt. Insbesondere der Bezug auf die Arbeiter_innenklasse stellt einen qualitativen Unterschied dar zu anderen Petitionen und moralischen Appellen. Mit all dem gesagt, müssen wir dennoch bemerken, dass in dem Aufruf einiges schwammig bleibt, so wird nicht klar unter welchen Umständen eine Kontrolle der Arbeiter_innen und Jugend über die Maßnahmen gelingen kann, stattdessen wird eher der Eindruck vermittelt, der Staat müsse nur mal daran erinnert werden, dass es uns auch noch gibt und dann könne man ihm die Umsetzung dieser Politik auch irgendwie überlassen. Das ist allerdings ein Trugschluss, kann doch der Staat in einer Klassengesellschaft, in der die ökonomische Macht, das Eigentum, bei einer einzelnen Klasse liegt, unmöglich neutral über den Klassen stehen. Es gibt darüberhinaus noch viele weitere Punkte, in denen wir uns natürlich wünschen würden, dass der Aufruf klarer und weitreichender wäre, wir wollen hier nur exemplarisch nennen, dass zwar der Schritt von

einer europaweiten Planung schon gut ist, allerdings die Kurve nur global wirklich gestoppt werden kann, wir also international für diese Maßnahmen kämpfen müssen, wie auch klar gesagt werden muss, dass der Kampf gegen die Pandemie keine Abschottung Europas gegenüber Flüchtenden bedeuten darf, die Grenzen müssen für Geflüchtete vielmehr geöffnet werden, so coronakonform wie möglich (Massentests, dezentrale Möglichkeiten zur Quarantäne, ...).

Also

Pustekuchen?

Nee!

Gerade jetzt, wo die Gewerkschafts- und Parteiführungen unsere Klasse so im Stich lassen, und die größere Mobilisierung eher von rechts kommen, ist unsere Aufgabe eine Antikrisenbewegung von links aufzubauen. Und da dürfen wir bei einem so vielversprechenden Ansatz, der auch noch in so entscheidenden Fragen in genau die richtige Richtung geht, nicht meckernd am Rande stehen. Wir müssen uns vielmehr in ZC dafür engagieren, dass all die angesprochenen Punkte umgesetzt werden, die so notwendig sind für den Erfolg der Kampagne. Es ist ein richtiger Schritt, dass neben dem reinen Unterschriftensammeln im Netz in den letzten Wochen auch zaghaft kleine Aktionen auf der Straße oder vor den Betrieben gestartet wurden und in vielen Städten Ortsgruppen zur Koordinierung der Proteste gegründet wurden. Revolutionär_innen sollten diesen Tendenzen weiterführen und so die Klasse als Subjekt der Veränderung mehr in den Vordergrund rücken, da nur aus einer wirklichen Bewegung auch Kontrollorgane zur Umsetzung der Ziele hervorgehen können. Lasst uns im Einklang mit dem Infektionsschutz Demos, Streiks und Besetzungen organisieren! Wir fordern auch andere linke Jugendorganisationen (solid, Young Struggle, SDAJ, Jugendantifas und andere, ja ihr seid gemeint) auf, um ZC aktiv zu werden. Nur von außen kritisieren reicht jetzt nicht, macht mit und tragt eure Kritik aktiv mit rein! Die Zeiten sind vorbei, in denen wir es uns leisten können jede unser eigenes Süppchen zu kochen! Und nebenbei,

das Argument Forderungen an den Staat seien ein NoGo können wir nicht gelten lassen, bei FFF hat das auch niemanden gejuckt, wir haben aber trotzdem noch einen ausführlicheren Artikel zu der Frage: onesolutionrevolution.de/duerfen-linke-forderungen-an-den-staat-stellen-zero-covid/

Was heißt ZeroCovid für Jugendliche?

Naja

Corona ist ja auch doof für uns, nicht nur für Oma und Opa, das wird z.B. deutlich, wenn wir uns anschauen was das Krisenmanagement in der Schule für eine Katastrophe ist, nicht nur für diejenigen, die gerade Abi schreiben. Es macht daher auch für uns Sinn, für ein bisschen Kontrolle über unsere Lebensrealitäten zu kämpfen. Wir sollten daher in der Schul-AG bei ZC intervenieren, um dafür zu sorgen, dass a) unsere Interessen in der Kampagne Gehör finden, wir b) dadurch auch andere Jugendliche aufmerksam machen können und c) Druck auf Kräfte wie die GEW aufzubauen auch zu Aktionen aufzurufen.

Inhaltlich

sollten wir dabei Forderungen aufwerfen wie: Schulöffnungen nur unter unseren Bedingungen: Mehr Räume, mehr Personal, kleinere Klassen, Freistellung ohne Diskussion, Prüfungen und Noten nur zur Verbesserung. Ausführlicher findet ihr das auf unserer Homepage.

Gehen wir es also an,
der Kampf für eine bessere Welt und gegen die Corona-Leugner_innen kann nur Erfolg haben, wenn wir auch greifbar Alternativen aufzeigen können!

Dürfen Linke Forderungen an den Staat stellen? (#ZeroCovid)

Guter Artikel unseres Genossen Wilhelm Schulz, zuerst veröffentlicht in *Neue Internationale* 253, Februar 2021

#ZeroCovid stellt den ersten linken Vorstoß mit potenziellem Massencharakter dar, der sich gegen die staatlichen Maßnahmen zur Einschränkung der Pandemie stellt und die Auseinandersetzung in die Betriebe tragen möchte. Es stellt eine zentrale Aufgabe auch der subjektiv revolutionären Linken dar, die Initiative und ihren Erfolg nach Kräften zu stärken und sie politisch zu prägen. Daher unterstützen wir sie kritisch und fordern alle linken und proletarischen Kräfte auf, es uns nachzutun.

Während an die 100.000 den Aufruf unterschrieben haben, bleibt die Reaktion unter sozialistischen Linken bislang recht verhalten. Die SAV unterstützt die Kampagne nicht, weil sie es nicht für mehrheitsfähig in der Klasse hält, einen Shutdown auch auf die Wirtschaft auszuweiten. Der Funke (IMT) verweigert sich, weil der Aufruf die Methoden des Klassenkampfes nicht anwende, sondern den Staat als Subjekt der Veränderung sieht und damit Illusionen in eben jenen schüre.

In verschiedenen Stellungnahmen aus linken Organisationen, Parteien und Plattformen können wir in den letzten Tagen eine relative Paralyse gegenüber der Forderung nach einschränkenden Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie beobachten. Forderungen an den Staat erscheinen manchen prinzipiell, also unabhängig von ihrem Inhalt, als Teufelszeug.

Staat und Reformen

Bevor wir auf die Frage näher eingehen, wollen wir kurz fünf Forderungsblöcke von #Zero-Covid darlegen:

„1. Wir schränken unsere Kontakte auf ein Minimum ein – auch am

Arbeitsplatz. Wir müssen alle nicht gesellschaftlich notwendigen Bereiche der Wirtschaft für eine Zeit stilllegen.

2. Niemand darf zurückbleiben: Menschen können nur zu Hause bleiben, wenn sie finanziell abgesichert sind. Deshalb ist ein umfassendes Rettungspaket für alle nötig.

3. Der Markt hat nichts geregelt. Der Gesundheits- und Pflegebereich muss sofort ausgebaut werden. Das heißt auch: Löhne rauf und weg mit dem schädlichen Profitprinzip im Gesundheitswesen.

4. Eine globale Pandemie lässt sich nur global besiegen: Impfstoffe dürfen nicht den Profiten von Unternehmen dienen, sondern müssen allen Menschen überall zur Verfügung stehen.

5. Die nötigen Maßnahmen kosten Geld. Deshalb brauchen wir europaweite Covid-Solidaritätsabgaben auf hohe Vermögen, Unternehmensgewinne, Finanztransaktionen.“

Diese fünf Forderungen könnten natürlich noch deutlicher und konkreter gefasst werden. Das ist hier aber nicht das Wesentliche. Alle zielen auf den Gesundheitsschutz, die soziale Verbesserung der Lage der Lohnabhängigen, von Selbstständigen, unabhängig von Alter, Nationalität, Geschlecht sowie auf die Finanzierung dieser Maßnahmen durch Umverteilung von oben nach unten.

Forderungen im Kapitalismus

Solange wir den Kapitalismus noch nicht gestürzt haben, richten sich solche Forderungen nach sozialen und politischen Verbesserungen oder Reformen immer notwendigerweise an den Staat. Das trifft z. B. auch auf die Forderungen nach einer gesetzlichen Arbeitszeitverkürzung, nach einem Mindestlohn, nach Enteignungen großer Konzerne, nach dem Ausbau demokratischer Rechte zu.

Würden die VertreterInnen einer solchen Kritik ihre eigenen Argumente ernst nehmen, so müssten sie jede Bewegung, jeden Kampf für politische

und soziale Reformen kategorisch ablehnen und, ähnlich wie die „antiautoritären“ und anarchistischen KritikerInnen von Marx und Engels in der Ersten Internationale, den Weg des politischen Abstentionismus beschreiten, also der Enthaltung vom und Ablehnung des politischen Klassenkampf/es für Verbesserungen im bestehenden System.

Die Geschichte lehrt hingegen, dass der Kampf um solche Reformen als Mittel genutzt werden muss, um die ArbeiterInnenklasse zu organisieren und in Bewegung zu bringen. Schließlich hat der bürgerliche Staat als Sachwalter des Kapitals nichts zu verschenken. Und jede/r weiß, dass die Ziele von #ZeroCovid nur durch massive Mobilisierungen erzwungen werden können, um diese gegen den Widerstand von Kapital, bürgerlichen Parteien und Regierung zu erzwingen.

Nur wenn die Forderungen mit weiterführenden Kampfmaßnahmen wie Demonstrationen, Streiks und Besetzungen verbunden werden, kann die Klasse Zugeständnisse erzwingen und im Zuge ihrer dafür notwendigen Selbstorganisation die Umsetzung kontrollieren. Im Nachfolgenden wollen wir also die Frage, ob und inwiefern wir Forderungen an den Staat stellen sollten, weiter beleuchten.

Was ist der bürgerliche Staat?

Der bürgerliche Nationalstaat ist in erster Linie ein Instrument zur Aufrechterhaltung der herrschenden Ordnung und Eigentumsverhältnisse – er ist ein kapitalistischer Klassenstaat. Er fungiert als ideeller Gesamtkapitalist, d. h. er muss die allgemeinen Produktionsbedingungen aufrechterhalten und auch als Sachwalter des Gesamtinteresses der herrschenden Klasse dienen. Dieses darf jedoch nicht als Addition der Interessen der konkurrierenden Einzelkapitale verstanden werden. Vielmehr muss er auch die Konkurrenzbedingungen unabhängig von diesen garantieren, was auch zu einzelnen Konflikten führt. Dieser Gegensatz zeigt sich aktuell auch durch die Schließung von Restaurants und Freizeiteinrichtungen, während die für die Mehrwertproduktion „essentiellen“ Konzerne um jeden Preis offen gehalten werden.

Zweitens verkörpert der Staat im Kapitalismus das gesellschaftlich Allgemeine, wenn auch das „falsche Allgemeine“, weil seine proklamierte „Neutralität“ und formale Gleichheit der BürgerInnen nur den Überbau bilden können, auf dessen ökonomischer Grundlage sich die Klassen reproduzieren. Damit die Sicherung dieses gesellschaftlich grundlegenden Verhältnisses gelingt, muss die bürokratische Staatsmaschinerie (Parlamente, Repressionsapparat, Verwaltung, Justiz, ...) strukturell an die herrschende Klasse gebunden sein.

Daher kann der Staat nicht einfach übernommen, transformiert oder demokratisiert werden. So sind die Staatsbediensteten materiell und ideologisch an ebendiesen Staat gebunden. Auch ist der Großteil des Staates eben nicht demokratisch wählbar, was im Besonderen für die exekutiven Organe (Polizei, Militär, Geheimdienste) gilt.

Zugleich aber bildet der Kampf um politische und soziale Reformen einen Ort des Klassenkampfes in der bürgerlichen Gesellschaft. Unsere Politik muss daher notwendig zwei Aspekte berücksichtigen. Erstens geht es darum, die Klasse durch Forderungen wie jene nach einem Shutdown der Wirtschaft zusammenzuschließen und zu einer politischen Bewegung zu formieren, die nicht nur an einzelne UnternehmerInnen Forderungen nach Durchsetzung gesundheitlicher Unversehrtheit richtet, sondern diese als allgemeine politische erhebt. Als Zweites zielen diese Forderungen darauf ab, Illusionen in den Klassenstaat zu brechen, um dabei eine Perspektive zu weisen, die von den bestehenden Problemen aus die Notwendigkeit der Selbstorganisation und schlussendlich den Bruch mit dem Privateigentum aufzeigt.

Kann man also Forderungen an den Staat stellen?

Die zentrale Zielsetzung unserer Forderungen besteht nicht in Erreichung kleiner Teilerfolge, sondern sie muss darauf abzielen, einen unversöhnlichen Klassenstandpunkt aufzuzeigen und zu popularisieren (vergl. Luxemburg: Sozialreform oder Revolution). Damit sind wir an

einem Punkt angelangt, an dem der Vorstoß von #ZeroCovid eine gewisse Doppeldeutigkeit annimmt, konkret an der Frage, wie die aufgestellten Forderungen umgesetzt werden können. Der Adressat der Online-Petition sind die „Deutsche Bundesregierung, Schweizer Bundesregierung, Österreichische Bundesregierung, Europäische EntscheidungsträgerInnen“ (siehe Petitionstext), während im Aufruf die Gewerkschaften aufgefordert werden, den Shutdown im Betrieb zu organisieren. Was von manchen somit als Appell an den Staat bezeichnet wird, ist unter Bedingungen einer klassenkämpferischen Bewegung in den Gewerkschaften und Betrieben ein Erzwingen zur Umsetzung der Maßnahmen gegenüber dem Staat.

Besonders interessant wird die verkürzte Darstellung von Forderungen an den Staat als rein appellierende Haltung, wenn wir uns andere soziale Bewegungen anschauen, allen voran Fridays for Future – eine Bewegung, die die meisten der ach so konsequenten linken Gruppen vermutlich (kritisch) unterstützen werden. Die Hauptforderung von FFF ist die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens, womit sie sich direkt auf den Staat bezieht, sogar ganz ohne Bezugnahme auf Gewerkschaften. Hier wiederum kämpfen viele der SozialistInnen in und um FFF für ein Klassenprogramm. Eine kurze Frage an die SAV an der Stelle: Ist die Umsetzung der Forderungen der Umweltbewegung denn in der ArbeiterInnenklasse aktuell mehrheitsfähig? Eventuell ist die Sorge auch eher, dass dies in der Linkspartei schwer mehrheitsfähig ist bzw. einen politischen Kampf mit sich brächte.

Um die Notwendigkeit, Forderungen an den Staat zu stellen, zu verstehen, müssen wir uns kurz mit den drei Dimensionen des Klassenkampfes befassen, dem ökonomischen, politischen und ideologischen Klassenkampf (vgl. Lenin: Was tun?). Verkürzt gesagt, umrahmen sie idealtypisch folgendes Feld: Der ökonomische Klassenkampf bezieht sich auf die Verbesserungen des Verhältnisses bezahlter zu ausgebeuteter Lohnarbeit, der ideologische hingegen ist der Kampf um die Köpfe, besser um die Entwicklung von der Klasse an sich zur Klasse für sich, und im politischen Klassenkampf – um den es im Kern an dieser Stelle geht – richtet sich die ArbeiterInnenbewegung schlussendlich gegen das

politische wie soziale System des Kapitalismus als Ganzes. Ziel ist es, die Herrschaft der Bourgeoisie zu stürzen, somit auch ihren Staat zu schwächen, gar zu entmachten.

Charakter des „Autoritarismus“

Weiter oben haben wir verdeutlicht, dass die Forderung an den Staat mit der Mobilisierung der Klasse verbunden werden muss. Aus dem oben Gezeigten lässt sich auch leicht die Antwort auf eine Frage finden, die viele Linke anscheinend umtreibt: Führen Forderungen an den Staat denn automatisch zum Autoritarismus? Im Allgemeinen lässt sich sagen: Nein! Es hängt vielmehr jeweils davon ab, wessen Klasseninteressen, welche Anliegen sie zum Ausdruck bringen, nicht ob sie „autoritär“ sind oder nicht.

Bestünde ein solcher Automatismus hingegen, müsste jede Forderung nach sozialer Absicherung den Staat ein Quäntchen autoritärer machen, beispielsweise die Erhöhung des Mindestlohns. Auch bei #ZeroCovid geht es nicht um irgendwelche Forderungen an den Staat, sondern um die Forderung nach einem Shutdown des Gesamtkapitals.

Es ist kein Zufall, dass die Regierung bereit ist, einzelne, für die Mehrwertproduktion weniger wichtige Branchen zu schließen. Im Falle der Großindustrie setzt der reale Staat jedoch seine Macht ein, um solche Maßnahmen zu verhindern. Er sichert die Profite der Konzerne auf Kosten unserer Gesundheit. Die konkreten Maßnahmen, die #ZeroCovid vorschlägt, werden daher nur durch eine Bewegung erzwungen werden können. Selbst wenn sich der Staat genötigt sähe, diesem Druck vorübergehend nachzugeben, würden viele BürokratInnen und UnternehmerInnen kreativ nach Schlupflöchern suchen – ganz so wie wir das von der „autoritären“ Besteuerung der Unternehmen oder „autoritären“ Hygienevorschriften in Schlachtereien kennen. Große Konzerne würden versuchen, sich den Shutdown vergolden zu lassen. D. h. hier zeigt sich, dass die Frage der Erzwingung dieser Maßnahmen mit jener der Kontrolle durch die ArbeiterInnenklasse in den Betrieben und Stadtteilen verbunden werden muss.

Welche Forderung in wessen Interesse?

Vom Standpunkt der KapitalistInnenklasse und des KleinunternehmerInnentums sind staatliche Arbeitszeitbeschränkungen, Kündigungsschutz oder Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz natürlich „autoritär“. Vom Standpunkt der ArbeiterInnenklasse aus betrachtet hingegen oft löchrig wie Schweizer Käse. Für das Kapital wirkte sich die Kontrolle durch die Lohnabhängigen noch viel autoritärer aus als jene des Staates. Daher muss jede Kritik am „Autoritarismus“ auf ihren Klassencharakter hin überprüft werden. Der abstrakte, vom politischen und sozialen Inhalt einer Forderung abstrahierende „Antiautoritarismus“ entpuppt sich nämlich bei näherer Betrachtung als bürgerliche, arbeiterInnenfeindliche Ideologie.

Ist es denn kleinbürgerlich-moralisierend, Forderungen an den Staat zu stellen? Wie bereits verdeutlicht: Nein, nicht prinzipiell! Die Aufgabe ist es, die Forderungen, die in der Online-Petition formuliert werden, mit weiterführenden Kampfmaßnahmen zu füllen. Die Darstellung deren als kleinbürgerlich und staatsbejahend ignoriert vollkommen die Aufgabe von RevolutionärInnen, die Wirklichkeit dem Gedanken anzunähern und hat ausschließlich den praktischen Nutzen, im Nachhinein die eigene Passivität zu legitimieren. Eine solche Haltung tut in der Situation der Paralyse nichts anderes als dem vorherrschenden Bewusstsein in der Klasse, somit einem bürgerlichen, hinterherzulaufen. Deshalb: Nicht meckern, machen! Kämpft mit und in #ZeroCovid für eine proletarische Aktionsplattform im Kampf gegen Pandemie und Krise!

Die Radikalisierung der

Querdenkenbewegung.

von Felix Ruga

Kannst du dich erinnern? Vergangenen März, bald ein Jahr ist es her, gab es in einigen Städten sogenannte „Hygiene-Demos“, bei denen sich meist kaum hundert Leute versammelt haben. Es ging vor allem darum, sich gegen die Einschränkung der Versammlungsfreiheit genau diese zu nehmen. „Hygiene“ hieß damals, dass man dabei Abstand hielt, nur in kleinen Gruppen war und später dann auch Maske trug, weil man sich über die Ansteckungsgefahr bewusst sei, jedoch trotzdem demonstrieren wolle. Auch schon damals war es ein Sammelbecken verschiedenster Strömungen, zunächst vor allem Menschenrechtler_Innen und Verschwörungsideolog_Innen, später kamen dann auch Nazis dazu und verdrängten dabei Stück für Stück alle, die ein Problem mit ihnen haben könnten.

Seit einigen Monaten zeichnet sich ein grundlegend anderes Bild: Neben einigen ursprünglichen Symboliken wie Regenbogen, Frieden und Grundgesetz, gibt es jetzt zunehmend Reichsflaggen, Nazi-Ordner, militantere Ausschreitungen wie in Leipzig Anfang November, Ablehnung von Hygienekonzepten und eine klare Verschiebung des Inhalts zu: Corona-Lüge – Neue Weltordnung – Lügenpresse – Coronadiktatur – BRD-GmbH – Illuminaten – Trump – Deutschland – Volk. Die Radikalisierung nach rechts ist unübersehbar, doch woher kommt sie? Wer treibt sie nach rechts? Und was können wir tun, damit die Querdenker_Innen zurückgedrängt werden?

**Querdenken driftet zwar nach rechts,
bleibt aber heterogen**

Zunächst ist es wichtig, anzuerkennen, dass die gesamte „Querdenken-Bewegung“ und alles, was sich darum gruppiert, weiterhin heterogen ist und sich darin viele Menschen

tummeln, die politisch eigentlich normalerweise nichts miteinander zu tun haben. Diese Gegensätzlichkeiten werden zumindest während der großen Aktionen hintangestellt. Doch das heißt keineswegs, dass diese Strömungen wie in Stein gemeißelt und voneinander isoliert sind. Es gibt weiterhin Machtkämpfe darum, wie klar man z.B. eine rechte Ausrichtung nach außen trägt, nachdem es jetzt schon mal klar ist, dass man Nazis mitlaufen lässt. Rechte versuchen ständig, Menschen auf ihre Seite zu ziehen, indem sie großflächig in der Bewegung intervenieren: Auf Aktionen halten sie Reden, verteilen Flyer, moderieren auf der Bühne, machen sich durch ihre Mitarbeit zu unerlässlichen Partner_Innen, in den vielen Chat-Kanälen machen sie Stimmung und verbreiten ihr Gedankengut. Weniger nationalistische Kräfte, die sich vielleicht mehr auf das Grundgesetz als auf Deutschland beziehen, versuchen, ihre Sicht der Dinge zu verteidigen, geben dabei in Rhetorik und Argumentation aber auch oftmals nach. Das Gesamtbild ist zwar noch recht heterogen, doch es gibt diverse Punkte, die Querdenken anschlussfähig für rechte Ideologien machen und ein Einfalltor dafür darstellen.

Ein wichtiger Aspekt für Radikalisierung ist es, dass zunächst verhältnismäßig moderate Einstellungen bestimmte Fragen aufwerfen, die man eigentlich zu beantworten hat, wenn man ein geschlossenes Weltbild haben möchte. In dem Fall ist diese zunächst die Aussage: Corona ist eigentlich gar nicht so schlimm und die Regierung verhält sich da komplett übertrieben. Darauf folgt die Frage: Ok, aber warum macht die Regierung das, wenn es doch eigentlich gebildete Leute sind? Dazu könnten die Leute sich jetzt auf parlamentarische und gesellschaftliche Komplexitäten beziehen, aber viel öfter wird es deutlich einfacher beantwortet: Die Regierung, Presse und sonstige Eliten lügen uns mit Absicht an, weil sie damit einen großen Plan verfolgen, zum Beispiel eine „Corona-Diktatur“ einzuführen oder mit Zwangsimpfungen Bill Gates reich zu machen oder sowas. Damit landet man relativ schnell schon bei verschwörungsideologischen Inhalten.

Es wächst zusammen, was zusammengehört: Verschwörungsideologien und Rechtsextremismus

Verschwörungsideologien sind meist auf eine Art und Weise gestrickt, dass einige zentrale Charakteristika mit rechtsextremen Ideologien gut zusammenpassen. Zuerst wäre dabei der gesellschaftliche Grundwiderspruch gleich: Es ist das (deutsche) Volk, was gegen den Staat und die Eliten aufbegehren muss, weil diese lügnerisch, unanständig oder fremdgesteuert sind. Wer dieser Elite nun konkret angehört, wird passend konstruiert und unterscheidet sich teils deutlich je nach dem, wen du fragst. Manchmal sind es politische Mächte wie die „linksgrünen Meinungsdictator_Innen“ oder „undeutsche“ Politiker_Innen, aber meistens eher versteckt handelnde Intrigant_Innen wie die Rothschilds, Freimaurer_Innen, Illuminat_Innen, die Besatzungsmacht in der BRD-GmbH oder irgendwelche bösen Einzelpersonen wie Bill Gates oder Georg Soros. Zwar sind hiervon einige Jüd_Innen, aber selten wird offen gesagt, dass es hierbei um Jüd_Innen im Allgemeinen ginge. Es ähnelt dem Antisemitismus jedoch in dem Aspekt sehr stark, dass wir angeblich eine eigentlich intakte (deutsche) Gesellschaft haben, diese jedoch durch eine außenstehende Kraft vergiftet werde, die wir nur ausmerzen müssten, dann sei wieder alles ok.

Wer zu der „Elite“ oder zum „Volk“ gehört, wird weder bei Rechten noch bei klassischen Verschwörungsideolog_Innen an die Klassenzugehörigkeit gebunden. Das ist ein typisches Merkmal für kleinbürgerliche Bewegungen, also jenem Teil der Gesellschaft, der zwischen den Hauptklassen (Arbeiter_Innen und Kapitalist_Innen) steht, z.B. kleine Solo-Selbstständige, Laden- oder Restaurantbesitzer_Innen. Den Standpunkt, den man vertritt, wird auch nicht als Teil einer Klasse dargestellt, sondern als die Interessen „der Deutschen“ oder „der Menschen“, weil man als Zwischenklasse Schwierigkeiten hat, eine eigenständige Position zu finden. Beispiel: Auf der einen Seite will man nach unten seinen Reichtum verteidigen, auf der anderen Seite

nicht von oben durch anderen Reichtum verdrängt werden. Wie soll man da Klarheit zum Schutz von Eigentum finden? Also spricht man lieber nicht drüber. Trotzdem scheint es bei Querdenken oft durch, wessen wirtschaftliche Notlage ein besonderes Problem ist: Gegen die Schließung der kleinen Betriebe wird die Aufhebung des Lockdowns gefordert. Über Massenentlassungen bei Galeria oder Lufthansa oder gar über die Kurzarbeit wird selten gesprochen.

Eine Sache, die die Rechten aber den klassischen Verschwörungsideolog_Innen voraushaben, ist es, dass sie direkt noch eine politische Perspektive parat haben, wie man die Bewegung zum Sieg führt: Wir befinden uns schon seit Jahren in einem Rechtsruck und es gibt einige Parteien und Personen im rechten Lager, die Öffentlichkeit haben und die man jetzt nur weiter pushen muss, damit sie der Corona-Politik ein Ende setzen. Neben dem parlamentarischen Weg z.B. durch die AfD, gäbe es natürlich noch das „Führer-Prinzip“, in dem ein starker Mann jetzt dafür sorgen sollte, dass die Ordnung wiederhergestellt werde. Durch diese Perspektive können sie die Bewegung als Ganzes immer weiter nach rechts treiben. Doch wer treibt da genau nach rechts? Eine kleine Auswahl der wichtigsten rechten Kräfte folgt im nächsten Kapitel.

Who Is Who der rechten Querdenker_Innen

AfD: Nachdem die Euro- und Geflüchteten thematik etwas an Zugkraft verloren haben, versuchen nun Teile der AfD bei den Corona-Skeptiker_Innen zu landen. Wobei sich diese Haltung erst im Laufe des Jahres ergab. Zu Beginn der Pandemie rief man, nur um die Regierung als unfähig dastehen zu lassen, noch nach schärferen Maßnahmen und schnellerem Eingreifen. Bei allem, was die AfD so macht, lässt sich immer wieder das gleiche Muster finden: Sie präsentieren ihre Meinung durch unbequemes Auftreten als besonders antielitär, vertreten dabei eigentlich aber nur in einem aggressiven Ton einen Teil des Kapitals. Nun vertreten sie eben das

Kapital, das gerade sehr unter den Maßnahmen ächzt, aber eigentlich genauso wenig das Interesse der Massen im Sinn hat wie jenes, das diese Maßnahmen noch ok findet. Funktioniert bislang nur mäßig, die Partei ist tief zerstritten.

Faschist_Innen: Hier

gibt es einige Kräfte (III.Weg, NPD, Reichsbürger_Innen, kleinere Gruppen...), die sich teilweise in der Bewegung befinden, teilweise jedoch das friedliche Auftreten von Querdenken ablehnen und eine Spaltung suchen. Sie reden zwar auch von Frieden und Freiheit, aber eher in dem Sinne, dass sie Freiheit für Deutschland (vom äußeren Feind, s.o.), vielleicht auch durch Abschaffung der parlamentarischen Demokratie, fordern und dass es dann erst Frieden für das deutsche Volk gäbe. Die Faschist_Innen sind meist auch jene, die die Reichsflaggen mitschleppen, um sich positiv auf das „freie Deutschland“ in Form des Kaiserreichs zu beziehen.

QAnon: Da es sich

hierbei eher um eine US-amerikanische Internetbewegung handelt, ist es schwierig, den Einfluss auf Deutschland einzuschätzen, aber man sieht auf Querdenken-Protesten viel Symbolik: ein simples Q oder die Abkürzung WWG1WGA („Where We Go One We Go All“; so viel wie „alle für einen, einer für alle“) oder die Glorifizierung von Trump. Es ist eine Art „Verschwörungsideologie zum Mitmachen“, bei der eine angebliche Person aus dem Elitenkreis auf Reddit oder 4Chan kryptische Fragen stellt und die Leute sollen selbst im Internet auf die Suche nach den Antworten gehen. Ergebnis dieser Suche ist es, dass praktisch alle bekannteren Personen Satanist_Innen seien, die sich durch das Essen von Kindern ewiges Leben verschaffen wollen. Diese stecken alle unter einer Decke und kontrollieren das Weltgeschehen. Und um nun auch die Menschen zu kontrollieren, soll durch 5G und Chips, die beim Impfen eingepflanzt werden, Gedankenkontrolle möglich werden. Vorkämpfer gegen die satanistischen Eliten ist Donald Trump, der uns wieder in eine anständige und gottesfürchtige Gesellschaft führen soll. Die

Wesensähnlichkeiten zum Faschismus (Antisemitismus, konservatives Gesellschaftsideal, Führer-Prinzip, Bewegungscharakter...) sind nicht zu übersehen.

...und was machen wir jetzt?

Spätestens seitdem sich im großen Stil Rechte unter die Querdenker_Innen gemischt haben, werden die Aktionen auch immer von antifaschistischen Gegenprotesten begleitet. Und das ist gut so, sie sollen wissen, dass wir sie nicht wollen und wir müssen uns dagegen organisieren und vernetzen! Doch wird das wohl allein nicht ausreichen. Der gesellschaftliche Nährboden von Querdenken ist massenhafte Unzufriedenheit von Arbeitslosen, Kurzarbeiter_Innen, vom Abstieg Bedrohten, während der Krise Alleingelassenen. Querdenken ist dabei der einzige Pol, in dem sich diese Unzufriedenheit entladen kann, obwohl es ihnen kaum mehr als eine „Rückkehr zur Normalität“ versprechen kann, die wegen der Wirtschaftskrise sicherlich nicht durch ein Ende des Lockdowns zu erreichen ist, denn die Krise wird weitergehen, mit oder ohne Corona!

Wir müssen eine eigenständige Antikrisenbewegung aufbauen, die dazu im Stande ist, eigene Forderungen aufzuwerfen und durchzusetzen. Diese muss es sich zum Ziel machen, dass die Lebensumstände aller Menschen gesichert sind und zwar durch ein Verbot von Jobstreichungen und hohe Sozialleistungen auf Kosten der Reichen und Krisengewinner_Innen! Um die Versorgung und Pflege der Menschen abzusichern, muss der Gesundheitssektor und die Pharmaindustrie enteignet werden. Corona muss entschlossen und nachvollziehbar angegangen werden, ohne dabei nur einseitig unsere Freizeit einzuschränken, aber keine Hand an die Wirtschaft zu legen! Diese und weitere wichtigen Forderungen findet ihr unserem Corona-Programm! Wenn wir statt Verschwörungsideologien und leeren Versprechen der Normalität eine sichtbare Perspektive auf ein gutes Leben aufwerfen, können wir Querdenken und all die Rechten mit ihnen hinwegfegen!

Corona-Impfstoff: Das Wundermittel gegen die Krise?

Von Marcel Möbius

Auch

wenn inzwischen wieder härtere Lockdown-Maßnahmen verhängt wurden, lassen die internationalen Infektionszahlen leider wenig Raum für Hoffnung auf ein Ende der Corona-Pandemie. Die USA, Brasilien und Indien sind weiterhin Spitzenreiter der Neuinfektionen und Großbritannien kämpft mit einer Mutation des ursprünglichen SARS-Virus, die weitaus ansteckender sein soll als bisher. Insgesamt haben sich weltweit bisher rund 70 Millionen Menschen infiziert, wovon rund 1 Millionen an den Folgen starben. Die Folge dessen ist eine enorme Belastung für die Arbeiter_Innen im Care-Sektor.

In

Deutschland sind die Infektionszahlen damit wieder auf einem Höchststand, wie zuletzt im Mai diesen Jahres. Die zweite Welle ist also voll angekommen und sie ist härter als die erste.

Konkurrenz statt Kooperation:

Was den Impfstoff angeht: Während die Suche danach lief, gab es kaum internationale Zusammenarbeit. Durch den Konkurrenzdruck versuchte jedes Land, als erstes einen Impfstoff zu entwickeln, um diesen dann möglichst profitbringend an andere verkaufen zu können. Mittlerweile hat sich der Impfstoff des deutschen Unternehmens Biontech in Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Partner Pfizer als wahrscheinlichster Kandidat für die Zulassung in Deutschland herausgestellt.

Gegen SARS-CoV-2, das erst seit etwa Neujahr 2020 bekannt ist, sind binnen kurzer Zeit laut der Weltgesundheitsorganisation WHO **mindestens** 214 (Aufstellung vom 08.12.2020)

Impfstoffprojekte weltweit angelaufen. In der Liste der Unternehmen finden sich vorrangig Pharmakonzerne aus imperialistischen Staaten, da es natürlich gewisse Grundbedingungen braucht, um ein solches Projekt angehen zu können: Zum einen benötigt man große Mengen an Kapital, um diese Forschung zu finanzieren. Zum anderen benötigt man eine entsprechend gut ausgebaute Bildungs- und Infrastruktur, um dieses Projekt effektiv angehen zu können, wozu man eben entsprechend gut ausgebildetes Personal benötigt. Und natürlich forschen die Pharmakonzerne nicht aus gutem Willen am Impfstoff: Zum einen gibt es das ökonomische Interesse bürgerlicher PolitikerInnen, die Wirtschaft nicht länger einschränken zu müssen, sodass diese möglichst bald wieder ihre Produktion uneingeschränkt aufnehmen kann. Zum anderen wollen die Unternehmen selbst, die die Forschung vorantreiben, den Impfstoff möglichst gewinnbringend verkaufen.

Zum Impfstoff selbst:

Bei dieser Corona-Variante erweisen sich vor allem die RNA-Impfstoffe als effektiv. Der Impfstoffkandidat von Biontech ist ein RNA-Impfstoff und verspricht eine Wirksamkeit von 95%, nachdem er zwei Mal verabreicht wurde. Diese RNA-Impfstoffe gehören zu den ersten ihrer Art, sodass es nicht sicher abzusehen ist, was sie für Langzeitnebenwirkungen haben könnten, auch wenn deren Wirkweise (mRNA) schon lange bekannt ist:

Diese Impfstoffe enthalten Teile der Erbinformation des Virus in Form von RNA, die den Bauplan für ein oder mehrere Virusproteine bereitstellen. Nach der Impfung wird die RNA von einigen wenigen menschlichen Körperzellen aufgenommen. Die Körperzellen nutzen die RNA als Vorlage, um die Virusproteine selbst zu produzieren. Da aber nur ein Bestandteil des Virus gebildet wird,

ist ausgeschlossen, dass auf diesem Weg komplette vermehrungsfähige Viren entstehen können. Die neu gebildeten, ungefährlichen Virusproteine werden als Antigene bezeichnet, denn sie aktivieren das Immunsystem und erzeugen so die schützende Immunantwort.

Der Impfstoff schützt uns nicht vor kapitalistischer Ungleichverteilung:

Zwar darf man sich natürlich nicht durch Verschwörungstheorien um Bill Gates, implantierte Chips oder Ähnliches blenden lassen. Die Wirkungen der Impfstoffe werden gut erforscht und ihre kurzfristigen Nebenwirkungen damit einhergehend auch. Da die Wirtschaft allerdings nicht zu sehr gehemmt werden darf, können keine Langzeitfolgen erforscht werden. Dies bedeutet ein Risiko auf weitere langfristige Nebenwirkungen für die Bevölkerung, das durch die Profitinteressen verschuldet wird. International betrachtet zeigt sich dies noch deutlicher, da beispielsweise in Russland im November bereits mit den Impfungen begonnen wurde. Bis Jahresende 2020 sollen hier 400.000 Militäranghörige gegen das Virus geimpft sein.

Dies führt direkt zur nächsten Diskrepanz im Zusammenhang mit dem Impfstoff, da nicht überall zuerst gefährdete Menschen geimpft werden sollen, sondern auch Polizist_Innen und Angehörige des Militärs. Hier sieht man, wo die Prioritäten bürgerlicher Politik liegen. Beispielsweise hat die bayerische Landesregierung am 10. Dezember geäußert, zuerst Polizist_Innen impfen zu wollen, wenn ab dem 03. Januar womöglich der Impfstoff zur Verfügung steht. Der Aussage schlossen sich neben Bundesinnenminister Horst Seehofer auch die Innenminister der Landesregierungen von Hamburg, Baden-Württemberg und Niedersachsen an. Die Gesundheit von Polizist_Innen ist für sie einzig und allein so wichtig, um auch in Pandemiezeiten das Recht auf Profit und Eigentum weiter durchsetzen zu können.

Noch stärker stellt sich die Ungleichverteilung des

Impfstoffes international heraus. Dies manifestierte sich beim jüngsten, digitalen G20-Treffen. Dort haben sich fast alle imperialistischen Zentren gegen einen Antrag von Südafrika und Indien gestellt, der durch China unterstützt wurde. Dieser Antrag widerspricht dem bis heute gültige TRIPS-Abkommen, welches seit 1995 international das Patent- und Eigentumsrecht bezüglich Medikamenten und Impfstoffen garantiert, um die Profite der Pharmakonzerne durch den Verkauf oder dem Gewähren von Produktionsrechten zu garantieren. Südafrika und China hatten hierfür im Falle von COVID-19-Produkten eine Ausnahmeregelung beantragt, die allerdings von den anderen G20-Mitgliedsstaaten abgelehnt wurde.

Daneben, dass sich China gerne mal als Anwalt der kleiner Länder darstellen will, begründet sich dies dadurch, dass China bereits einen Impfstoff besitzt und diesen billig und massenhaft auf dem Weltmarkt verkaufen wollte, um selbst die größten Profite zu erlangen und die anderen Staaten niederzukonkurrieren. Die anderen Mitgliedsstaaten der G20 wollen vor allem zu einem hohen Preis sowie die Patentrechte verkaufen und haben dies durch eine Öffnung der Patente bedroht gesehen. Da eine Aussetzung abgelehnt wurde, werden sich halbkoloniale Staaten den Impfstoff nicht leisten können, um ihre Bevölkerung damit zu versorgen. In Staaten ohne gesetzliche Krankenversicherung, wie den USA, wird dies auch für große Teile der Arbeiter_Innenklasse bedeuten, dass sie keinen Zugang zum Impfstoff haben werden. Bereits jetzt zeichnet sich ab, dass sich imperialistische Länder wie die USA oder Kanada laut Informationen der OECD bis zu 7,5 Mal mehr Impfstoff gesichert haben, als sie Einwohner haben. Dadurch wird eine Bekämpfung des Virus' verhindert, da er sich in vielen Ländern weiter verbreitet, mutiert und damit weltweit gefährlich bleibt.

Hieran zeigt sich, dass alleine durch die Entwicklung eines Impfstoffs die Widersprüche des Kapitalismus und die damit

verbundene Krise nicht gelöst werden können und dass das Problem stets das Privateigentum an den Produktionsmitteln bleibt. Dieses muss gebrochen werden, um die Versorgung der Arbeiter_Innenklasse mit Medikamenten und Impfstoffen weltweit gewährleisten zu können. Es braucht die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung weltweit. Hier kann eine Produktion aufgebaut werden, die sich an den Bedürfnissen der Patient_Innen orientiert. Räte aus Ärzt_Innen, Pfleger_Innen und Patient_Innen sollten die Verteilung und Koordinierung dessen übernehmen. Die Impfstoffforschung sollte nicht an mehreren Orten parallel ablaufen, sondern durch die Räte international koordiniert werden, um eine effektivere Forschung gewährleisten zu können. Die Forschung wäre in einer sozialistischen Gesellschaft nicht durch die Fortsetzung der Produktion unter Profitzwang abgekürzt, sondern würde Langzeitfolgen abschätzen um die gesundheitlichen Risiken für die Bevölkerung zu minimieren.

Hierzu fordern wir:

- Krankenversicherungen für alle international – jeder muss Zugang zu Medikamenten, Masken, Behandlungen und Impfstoffen erhalten!
- Für die Aufhebung von Patentrechten auf Medikamente und Impfstoffe zur Versorgung der Weltbevölkerung ohne Rücksicht auf Profitinteressen!
- Für die entschädigungslose Enteignung und Vergesellschaftung der Pharmaindustrie unter internationaler Arbeiter_Innenkontrolle!
- Für die internationale Koordinierung der Impfstoffforschung durch ein Antikrisenkomitee aus Arbeiter_Innen (insbesondere aus dem Care-Sektor), Forscher_Innen und Patient_Innen!